

# Perspektiven

Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

04|2024

Bundes-  
finanzminister  
**Dr. Jörg Kukies**  
(SPD)  
im Gastkommentar  
über die neue  
Weltordnung

Wie sich die  
führenden Mächte  
neu positionieren  
müssen, damit sie den  
Wohlstand steigern und  
den Frieden sichern

## DIE WELTORDNUNG WIRD MULTIPOLAR



»Die neue Trump-Administration wird  
die multipolaren Tendenzen verstärken.«

Dr. Stefan Mair, Direktor der Stiftung Wissenschaft  
und Politik, über die Folgen der US-Wahl

PERSPEKTIVEN. Der Titel des Magazins der Metall- und Elektro-Industrie ist ein **VERSPRECHEN**: Es geht um **STANDPUNKTE, MEINUNGEN** und **STIMMEN** der M+E-Arbeitgeber, aber auch um **ANDERE BLICKWINKEL** auf das, was bewegt. **GESAMTMETALL** wünscht Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

# Wir ampeln nicht. Wir können Einigung. Tarifabschluss 2024.



Tarifrunde in der Metall- und Elektro-Industrie 2024. #standortstärken

06



20

## 03 KOMMENTAR

Bundesfinanzminister Dr. Jörg Kukies (SPD) über Deutschland in einer sich wandelnden Weltordnung

## 04 AGENDA

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie: In Berlin fand der Tag der M+E-Industrie statt. In Hamburg einigten sich die Tarifparteien auf den Abschluss 2024. In Brüssel wurde die neue EU-Kommission gewählt

## 09 SICHT:WEISE

Drei Stimmen zu Homeoffice versus Rückkehr ins Büro

## 10 TITELTHEMA

Von der Hegemonie zu einer multipolaren Welt: Wie muss die neue Weltordnung sein?

## 20 DEBATTE

Stefan Mair, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, spricht mit Journalist Werner Sonne über die Folgen der US-Wahl für die multipolare Weltordnung

## 25 BILDUNG

Wie das größte europäische Bildungsfestival MINT-Lehrkräfte inspiriert sowie ein lauter MINT-Test

## 26 DEUTSCHLAND BESSER MACHEN

Wie die soziale Pflegeversicherung zum Pflegefall wurde und wie die Politik jetzt gegensteuern muss

## 30 E-FUELS

Welche politischen Entscheidungen den Einsatz von E-Fuels beschleunigen können

## 32 PERSPEKTIVE

Krise und kein Ende: Die M+E-Industrie baut verstärkt Personal ab

## 34 RETROSPEKTIVE

Was aus der Beschäftigung von Rentnern wurde

## 08 PERSONALIEN

## 34 IMPRESSUM

## KARIKATUR

## ZITAT

**Ausgezeichnet:** „Perspektiven“ von Gesamtmetail ist zum zweiten Mal mit zwei Fox-Awards ausgezeichnet worden. Gold gab es für das Kommunikationskonzept und Silber für das Design.

Beim 15. ICMA-Award bekam „Perspektiven“ für Heft 1-2023 Bronze für das beste Cover und die beste Coverstory.



# Deutschland und die neue Weltordnung

**WAS MEINEN SIE, HERR KUKIES?** Wir bringen uns konstruktiv in der internationalen Gemeinschaft ein, sagt Bundesfinanzminister Dr. Jörg Kukies (SPD).

Die regelbasierte internationale Ordnung befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Freier Handel, offene Märkte und die Mobilität von Kapital und oft auch Arbeit prägten die globale Konfiguration nach dem Ende des Kalten Krieges. Auch wenn das bisherige System nicht perfekt war, hat es doch vielen Menschen einen nie dagewesenen Wohlstand verschafft. Unser Land profitierte als global vernetzte und technologisch führende Volkswirtschaft davon ganz besonders.

Wie die Weltordnung in Zukunft aussehen wird und ob diese dann uni-, bi- oder gar multipolar sein wird, ist offen. Dies wird mir besonders deutlich, wenn ich mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen der G20 treffe. Die geopolitische Lage erschwerte zuletzt die Konsensbildung. „Im Gespräch bleiben“, um andere Standpunkte zu verstehen und Räume für gemeinsames Agieren auszuloten, hat in diesen Zeiten einen hohen Wert. Es ist gut, dass sich die Staats- und Regierungschefs der G20 bei ihrem Gipfeltreffen im November auf eine gemeinsame Erklärung verständigen konnten. Und angesichts der komplexen Situation bleibt die Abstimmung in der Wertegemeinschaft der G7 von zentraler Bedeutung.

Ich verstehe, dass sich viele Menschen und Unternehmen sorgen, in welche Richtung sich die internationale Ordnung entwickelt. Krisen und Konflikte beschäftigen uns. Beobachter konstatieren eine politische und wirtschaftliche Fragmentierung.

Staaten finden sich je nach Sachfrage zu wechselnden Konstellationen zusammen. Dies macht die Arbeit in diesem Kontext nicht einfacher, aber umso dringlicher. Die Mitglieder der Bundesregierung nehmen diese Herausforderung als Auftrag an. Wir bringen uns stark und konstruktiv in der internationalen Gemeinschaft ein, um in Zeiten der Unsicherheit für möglichst viel Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit zu sorgen.

Auf internationaler Ebene leisten Handelsverträge hierzu einen wichtigen Beitrag. Die Tatsache, dass wir bei der Transatlantic Trade and Investment Partnership, dem Freihandelsabkommen der EU mit den USA, nicht vorangekommen sind, als wir die Chance dazu hatten, war eine verpasste Gelegenheit. Deswegen setzt sich die Bundesregierung für den Abschluss von Freihandelsabkommen der EU beispielsweise mit den Mercosur-Staaten, mit Indien und mit Indonesien intensiv ein. Es geht darum, unserer Wirtschaft neue Perspektiven zu eröffnen, unsere Partnerschaften zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren. Wir würden damit auch ein Zeichen gegen Abschottung und Protektionismus setzen. Gesunde Konkurrenz stärkt Innovation und Effizienz. Fairer wirtschaftlicher Wettbewerb nutzt allen Beteiligten. In Europa bin ich dabei, die deutsch-französische Initiative zu intensivieren, um die Kapitalmarktunion zu vertiefen und so die europäische Volkswirtschaft besser mit Eigenkapital zu versorgen.

In Deutschland haben wir es insbesondere mit strukturellen Wachstumsproblemen zu tun. Unser Potenzialwachstum ist seit der Jahrtausendwende von 1,5 Prozent auf 0,49 Prozent gesunken. Wir haben zu viel Regulierung und Bürokratie, zu geringe steuerliche Anreize für Investitionen und Forschung und Entwicklung, zu schwache Märkte für Eigenkapitalfinanzierungen. Die Gesellschaft und die Infrastruktur altern. Wir können uns keinen Stillstand leisten. Deshalb haben wir mit der Wachstumsinitiative viele Weichen gestellt und Impulse für höheres Potenzialwachstum gesetzt.

Es wird der kommenden Regierung zufallen, an das Geleistete zur Stärkung unserer Wirtschaft, der Infrastruktur und unserer Verteidigungsfähigkeit anzuknüpfen. Wir werden in der nächsten Zeit strategisch und flexibel handeln müssen. Und wir sind sehr gut beraten, eng mit unseren alten und neuen Partnern und Freunden zusammenzuarbeiten. Der Ausgang der aktuellen Umwälzungen ist offen. Wir können und sollten die Richtung des Wandels gemeinsam mitbestimmen.

**GASTAUTOR:** Dr. Jörg Kukies

**WOHNORT:** Mainz

**BERUF:** Bundesminister der Finanzen

**BERUFUNG:** Krisen bewältigen



COVER: ILLUSTRATION: LENNART GÄBEL, FOTO: AMIN AKHTAR;  
SEITE 2-3: FOTO: AMIN AKHTAR, ILLUSTRATION: CLAUDIA MEITER;





## Geht uns das Wir verloren?

Ein ungewöhnliches Motto hatte Gesamtmetall für den **TAG DER METALL- UND ELEKTRO-INDUSTRIE 2024** am 9. September in Berlin gewählt: „Geht uns das Wir verloren – Wie gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingt.“

Für einen kurzen Moment wurde es sehr still im Festsaal. „Ich bin schwer verliebt“, gestand Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) den rund 400 Gästen. Und zwar in unser Grundgesetz. „Die Würde des Menschen ist unantastbar, alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, zitierte der Minister Artikel 1 und 3. „Wenn wir nicht aufpassen, dann gibt es unter dem Schutz des Grundgesetzes Parteien, die anfangen, diese Demokratie und dieses Land so zu verändern, dass diese Prinzipien infrage gestellt werden oder plötzlich nicht mehr für jeden Mann oder jede Frau gelten.“ Doch wenn der Zusammenhalt wegbreche, dann sei unsere Demokratie in höchster Gefahr.

Mit Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) und CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann setzten sich zwei weitere Spitzenpolitiker in ihren Reden mit der Frage auseinander, warum uns das Wir verloren geht und was dagegen getan werden muss.

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft müsse wieder die Priorität der deutschen Politik werden, forderte Lindner. Eine wachstumsorientierte Politik sei ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Es brauche eine Wirtschaftswende.

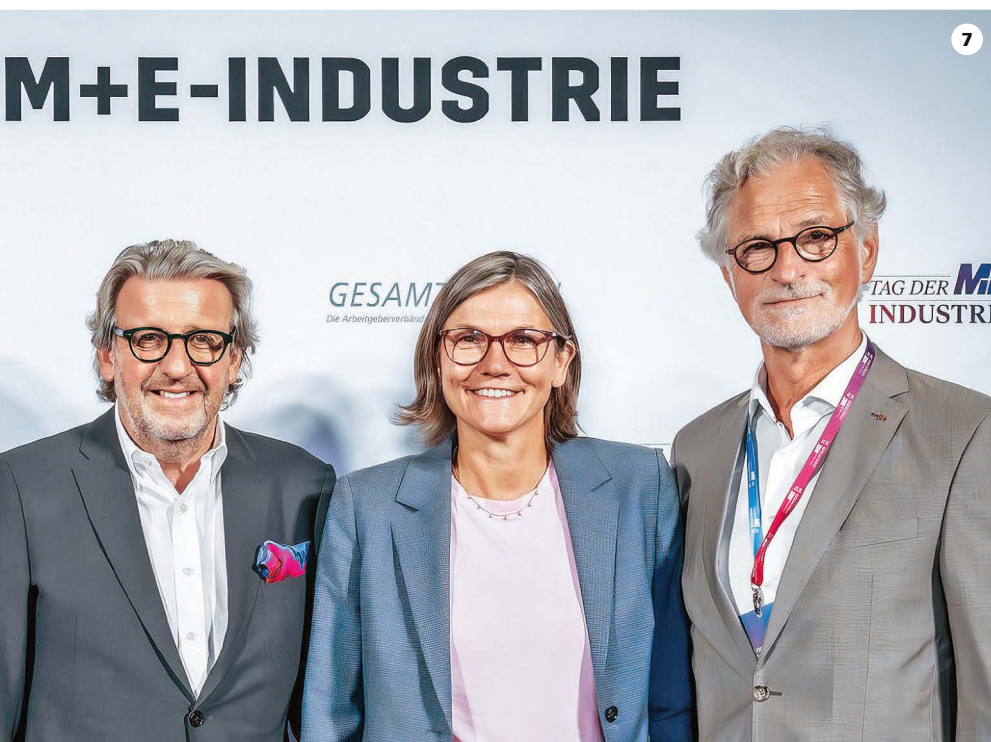
Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf forderte eine neue übergreifende gesellschaftliche Idee. Die Gesellschaft „kann zusammenhalten, wenn sie ein gemeinsames Ziel oder Projekt verfolgt, von dem jeder Einzelne auch selbst profitiert“.

### Tarifpartnerschaft verbindet

Prof. Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, stellte eine Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland vor. In der Diskussion mit Christiane Benner, 1. Vorsitzende der IG Metall, betonte Wolf die Bedeutung der Tarifpartnerschaft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für sie, so Benner, gehe es darum, Forderungen aufzustellen, die auch realistisch umgesetzt werden könnten. „Ich sehe meine Aufgabe darin, die Polarisierung aufzulösen.“

Schließlich erörterten Prof. Dr. Benjamin Höhne von der TU Chemnitz, die Hauptgeschäftsführerin der Friedrich-Naumann-Stiftung, Annett Witte, der geschäftsführende Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, Ralf Fücks, und Johannes Winkel, Bundesvorsitzender der Jungen Union, die Frage, wie die Parteien wieder mehr Mitglieder gewinnen können. Die Veranstaltung moderierte Michael Bröcker, Chefredakteur von Table.Briefings.

FOTOS: GESAMTMETALL/CLAUDIOUS PFLUG





# Tarifabschluss 2024 – ein Kompromiss mit Augenmaß

Trotz der sehr kritischen Lage der Branche und der schlechten Standortbedingungen haben sich Arbeitgeber und IG Metall auf einen Tarifabschluss geeinigt. Beschäftigte und Unternehmen haben jetzt Planungssicherheit und Verlässlichkeit.



1

Die Tarifvertragsparteien aus dem Norden und Bayern haben sich in der 4. Verhandlungsrunde am 11. und 12. November 2024 in Hamburg auf einen Pilotabschluss für die Metall- und Elektro-Industrie verständigt. Den Verhandlungsführerinnen der Arbeitgeber Lena Ströbele (NORDMETALL) und Angelique Renkhoff-Mücke (vbm) ist es gelungen, einen „Langläufer“ mit einer Laufzeit von 25 Monaten mit der IG Metall zu vereinbaren, der den Betrieben die notwendige Planungssicherheit in unsicheren Zeiten gibt. Die Arbeitnehmer erhalten Entgeltsteigerungen in Höhe von 2,0 Prozent ab 1. April 2025 und weitere 3,1 Prozent ab 1. April 2026. Hinzu kommen im Februar 2025 eine Einmalzahlung in Höhe von 600 Euro sowie eine Erhöhung der Sonderzahl-

**Abschluss:** Die Verhandlungsführer Angelique Renkhoff-Mücke (vbm), Lena Ströbele (NORDMETALL), Daniel Friedrich, Bezirksleiter IG Metall Küste, sowie Horst Ott, Bezirksleiter IG Metall Bayern, (1, v.l.n.r.) Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf (2), Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer vbm, Angelique Renkhoff-Mücke, Lena Ströbele, Dr. Nico Fickinger, Hauptgeschäftsführer NORDMETALL, Dr. Peter Schlaffke, stv. Hauptgeschäftsführer NORDMETALL im Verhandlungsraum, (3, v.l.n.r.) Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, Horst Ott, Daniel Friedrich, Lena Ströbele, Angelique Renkhoff-Mücke, Dr. Stefan Wolf (4, v.l.n.r.), Christiane Benner und Dr. Stefan Wolf (5).

lung T-Zug (B) ab Februar 2026. Um ein klares Signal für die Wertschätzung der Auszubildenden zu setzen, werden die Auszubildendenvergütungen zum 1. Januar 2025 für alle Ausbildungsjahre überproportional um 140 Euro und um 3,1 Prozent zum 1. April 2026 angehoben. Für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurde zudem die Möglichkeit der automatischen Differenzierung um zwei Jahre verlängert und das differenzierbare Volumen erhöht. Letztendlich haben sich die Tarifvertragsparteien auch auf eine Weiterentwicklung der tariflichen Freistellungstage für Schichtarbeitnehmer sowie Eltern und Pflegende verständigt. Der Tarifpolitische Vorstand von Gesamtmetall hat dieses Gesamtpaket einstimmig gebilligt und die Übernahme in allen Tarifgebieten empfohlen. 

FOTOS: CHRISTIAN AUGUSTIN



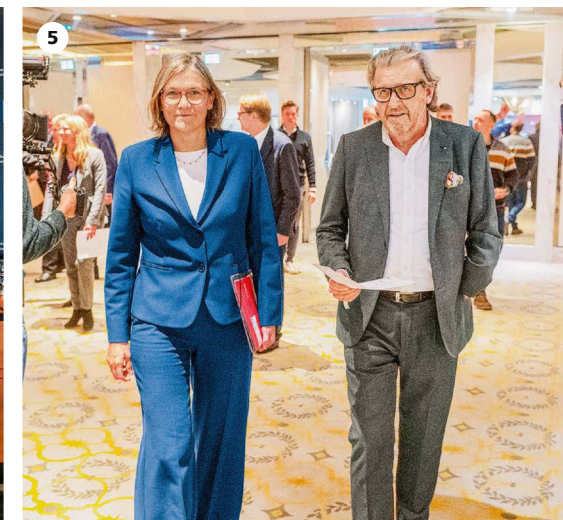
2



3



4



5

## Tarifabschluss 2024 in der Metall- und Elektro-Industrie

[www.standort-staerken.de](http://www.standort-staerken.de)

**Laufzeit und Entgelt** » Planungssicherheit und Verlässlichkeit für Unternehmen und Beschäftigte.



**Automatische Differenzierung** » Belastungen für Unternehmen in schwieriger Lage gemindert.

Die automatische Differenzierung erlaubt es Firmen in wirtschaftlich schwieriger Lage, die Belastungen rasch und unbürokratisch zu mindern.

Das Prinzip ist für zwei weitere Jahre fortgeschrieben.



schwierige wirtschaftliche Situation  
verschieben T-Geld auszahlen oder entfallen



**Freistellungstage** » Bisherige Regelungen werden vereinfacht und für bestimmte Beschäftigtengruppen modifiziert.

Schichtarbeiter

- Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten
- Gleiche Voraussetzungen für Dreischicht, Nachtschicht und Wechselschicht
- 5 Jahre Betriebszugehörigkeit, 3 Jahre in Schichtarbeit



Eltern und Pflegende

- Beschäftigte mit Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres
- Inanspruchnahme 2x 8 Tage + 3x 6 Tage
- Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten



Kompensation

- Zuschlagsfreie Auszahlung von Arbeitszeitkonten wird um 50 Stunden erhöht.

- Bei Beschäftigungsproblemen können die Betriebsparteien die Freistellungstage verpflichtend anordnen.

- Die Betriebsparteien können die Antrags- und Erörterungsfristen betrieblich festlegen.

- Die Betriebsparteien können anteilige Inanspruchnahme sowie Zeiträume der Freistellungstage festlegen.

Neue Anträge können bis 31.01.2025 gestellt werden. Erörterungsfrist endet am 31.03.2025.



## Neue EU-Kommission Wohlstandsoffensive für Europa



**Frauen-Power:** Ursula von der Leyen (links) mit der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas

**Ursula von der Leyen**, die wiedergewählte EU-Kommissionspräsidentin, will in ihrer zweiten Amtszeit der Bürokratie und den EU-Berichtspflichten den Kampf ansagen. Auf diese Ziele hat sie ihr gesamtes künftiges Team an Kommissionsmitgliedern verpflichtet. Dennoch fordert das Europäische Parlament insbesondere im Sozialbereich zahlreiche neue Gesetzgebungsinitiativen. Ob die Versprechungen der Kommission tatsächlich eingehalten werden, wird sich zeigen. Bereits im Sommer 2024 versprach von der Leyen in ihren „Leitlinien für die nächste Kommission“ eine deutliche Schwerpunktänderung hin zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Konkret kündigte sie eine „Europäische Wohlstandsoffensive“ an, die unternehmerische Initiative erleichtern, Produktivität durch die Verbreitung digitaler Technologien erleichtern und den Fach- und Arbeitskräftemangel bekämpfen soll. Darüber hinaus sollen alle neuen Kommissionsmitglieder daran arbeiten, Bürokratie und Berichterstattungspflichten merklich abzubauen. Wenige konkrete Gesetzgebungsinitiativen sind bisher angekündigt. Bei den Anhörungen der Kommissionsmitglieder durch die Fachausschüsse im Europäischen Parlament wurde jedoch deutlich, dass insbesondere die Abgeordneten des Beschäftigungsausschusses neue Gesetzgebung einfordern. Es bleibt abzuwarten, ob die Kommission dem Druck des Parlaments standhält und Belastungen für die Unternehmen tatsächlich ab- und nicht weiter aufbaut.

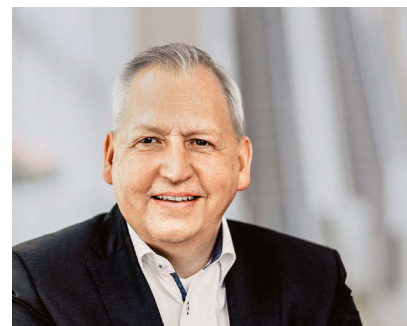
## BDI Leibinger neuer Präsident

**Dr.-Ing. E.h. Peter Leibinger** wird zum Jahresende neuer Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Er folgt Siegfried Russwurm, der das Amt seit Januar 2021 innehat. Leibinger ist seit 2023 Vorsitzender des Aufsichtsrates und Verwaltungsrates des Hochtechnologieunternehmens Trumpf. Zuvor war er seit 2018 Chief Technology Officer der auf Werkzeugmaschinen und Lasertechnik spezialisierten Unternehmensgruppe.



## VDMA Kawlath rückt an die Spitze

**Bertram Kawlath** ist neuer Präsident des VDMA. Er tritt die Nachfolge von Karl Haeusgen an, der das Amt seit 2020 ausübte. Kawlath ist Geschäftsführender Gesellschafter der Schubert & Salzer GmbH, einer mittelständischen Unternehmensgruppe mit Sitz in Ingolstadt, die auf Ventiltechnologie und Softwaresysteme für den Mittelstand spezialisiert ist.



## BAVC Schöttke führt Verband

**Mathias Schöttke** ist neuer Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC). Sein Vorgänger im Amt, Dr. Klaus-Peter Stiller, ist altersbedingt ausgeschieden.



## Wirtschaftsvereinigung Metalle Niese folgt Erdle

Die Wirtschaftsvereinigung Metalle hat seit dem 1. September einen neuen Hauptgeschäftsführer. **Dr. Michael Niese** übernimmt die Position von Franziska Erdle, die den Verband nach neun Jahren verlässt. Zuvor war er langjährig als Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Metalle tätig.

FOTOS: PICTURE ALLIANCE/AP/GEERT VANDEN WIJNGAERT, TRUMPF GROUP, SALOME ROESSLER, VW METALLE BASF COATINGS/WITTE WATTENDORF, AGV VERSICHERUNGEN, IW, INFINEON

## Sicht:Weise

# Was vom Homeoffice übrig bleibt: Kommt jetzt die Rückkehr ins Büro?

New Work hat die Arbeitswelt verändert. Was sind die Vorteile und Nachteile? Sinkt die Produktivität im Homeoffice? Das denken unsere Experten.



»Homeoffice ist gekommen, um zu bleiben. Aber anders als heute.«

**Dr. Michael Niebler**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied beim Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen

Es mehren sich die Stimmen, die Homeoffice massiv zurückdrehen wollen. Man spürt den Wunsch nach mehr Kontrolle und Präsenz: Amazon, Google, VW, SAP (drei Tage Präsenz), Deutsche Bank (Managing Directors müssen an vier Tagen pro Woche ins Büro kommen). Kommt es zu einer Trendumkehr? Das wird nicht der Fall sein, weil die Beschäftigten das nicht mitmachen würden. Es ist wissenschaftlich erwiesen: **Hybrides Arbeiten fördert die Mitarbeiterbindung**. Die Unternehmen machen sich aber Gedanken darüber, wie sie die Arbeit im Büro noch attraktiver gestalten können und an welchen Tagen ihre Mitarbeitenden ins Büro kommen. Montag und Freitag sind es in der Regel aber nicht, so Arbeitspsychologe Hannes Zacher: „Sie geben das Gefühl eines verlängerten Wochenendes, für die Arbeit ist das aber nicht motivierend.“



»Es braucht die doppelte Freiwilligkeit von Arbeitgebern und Beschäftigten, um die Homeofficeregeln passgenau zu gestalten.«

**Dr. Andrea Hammermann**, Senior Economist für Arbeitsbedingungen und Personalpolitik beim Institut der deutschen Wirtschaft

Der Wunsch nach Homeoffice hat zugenommen, doch Beschäftigte wollen in der Regel gar nicht möglichst viel von zu Hause aus arbeiten, sondern vor allem flexibel den Arbeitsort wechseln können. Der Trend zum hybriden Arbeiten zeigt, dass Homeoffice, dort wo möglich, nur ein weiterer Mosaikstein in der Arbeitsgestaltung ist. **Der Betrieb als Ort sozialer Begegnung und Innovationsraum bleibt wichtig**. Optimale Regelungen zum Homeoffice können zwischen Betrieben und ebenso innerhalb einer Organisation unterschiedlich aussehen. Produktives Arbeiten und der Zusammenhalt hängen davon ab, dass es ein gemeinsames Verständnis über die hybride Zusammenarbeit gibt.



»Unsere Mitarbeitenden können bis zu 50 Prozent ihrer Arbeitszeit im Homeoffice verbringen und bis zu 20 Tage im Ausland arbeiten.«

**Markus Fink**, CHRO Infineon Technologies AG

Unser Leitmotiv für das hybride Arbeiten bei Infineon lautet: **„das Beste aus beiden Welten“**. Unser hybrides Arbeitsmodell hat sich gut etabliert und bietet den Mitarbeitenden die Flexibilität, den passenden Arbeitsort flexibel wählen zu können. Mobiles Arbeiten eignet sich besonders gut für konzeptionelle Tätigkeiten und digitale Zusammenarbeit. Für kreative Prozesse, innovative Lösungen oder das Onboarding ist die persönliche Interaktion vor Ort jedoch von Vorteil. Deshalb haben wir unsere IT-Infrastruktur modernisiert und gestalten unsere Büros für mehr interaktive und kollaborative Arbeitsmöglichkeiten. Gefordert ist auch der Staat. Er muss das Breitband ausbauen und die Regelungen für grenzüberschreitendes Arbeiten vereinfachen.



# Von der Hegemonie zur multipolaren Weltordnung

Wie die Machtzentren Krisen in Chancen verwandeln können.

**Philadelphia, 11. September 2024**  
Gut sieben Wochen vor der US-Wahl am 5. November fand die einzige Fernsehdebatte zwischen dem späteren Wahlsieger Donald Trump und Kamala Harris statt. Das Thema Wirtschaft hatte wie im Wahlkampf selbst einen entscheidenden Stellenwert. Harold James, Professor für Wirtschaftsgeschichte und Internationale Politik an der Princeton University, hebt dessen Bedeutung hervor: „Der einzige wesentliche oder politisch relevante Teil fand in den ersten Minuten statt. Harris bezeichnete den Vorschlag von Trump, allgemeine Zölle in Höhe von 20 Prozent zu erheben und auf in China hergestellte Waren einen Satz von 60 Prozent zu erheben, als eine allgemeine Verkaufssteuer. Trump entgegnete fälschlicherweise, dass die Kosten von den ausländischen Herstellern und nicht von den amerikanischen Bürgern zu tragen wären; er stellte aber auch richtig fest, dass er als Präsident bereits Zölle erhob und Joe Biden sie (weitgehend) nicht gesenkt habe. So schlimm können sie also nicht sein.“ Harris blieb eine Antwort auf diesen Punkt schuldig.

James lehnt diese Zölle ab. „Wissenschaftler haben zahlreiche empirische Belege für die



Im Jahr 2023 trugen die **USA** 26,9 Prozent zum weltweiten BIP bei, die **EU** 17,5 Prozent und **China** 16,9 Prozent.

**»Die neue Weltordnung wird multipolar sein: Die Zeiten, in denen einige wenige Industrieländer in der G7 glauben konnten, die Welt zu beherrschen, sind vorbei.«**

**Harold James,**  
Professor für Geschichte  
an der Princeton University



Auswirkungen des Handels vorgelegt, und die Ergebnisse sind – vielleicht überraschenderweise – wenig umstritten. Die umfangreichste Studie von David Autor, Anne Beck, David Dorn und Gordon Hanson zeigt, dass die Trump-Zölle keine positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe haben, also in dem Bereich, der eigentlich geschützt werden sollte. Berücksichtigt man die Vergeltungszölle anderer Länder, hat die Trump-Maßnahme in den Vereinigten Staaten sogar zu Arbeitsplatzverlusten geführt. Der politische Effekt der Zölle bestand jedoch darin, die Stimmen der Republikaner in den Gebieten zu erhöhen, in denen die „geschützten“ Arbeitnehmer arbeiteten. Die Schlussfolgerung ist, dass die Zollmaßnahmen zwar politische, aber keine wirtschaftlichen Vorteile bringen.“

Der Princeton-Professor kritisiert: „Der politische Effekt, der die Republikaner begünstigte, hätte für Biden kein Grund sein dürfen, die Zölle aufrechtzuerhalten. Aber zu diesem Zeitpunkt hatte die Rhetorik der Eskalation des Handelskriegs die Vereinigten Staaten erfasst, und das Kalkül war, dass ein „Zugeständnis“ an China – das in Wirklichkeit ein Zugeständnis an die amerikanischen Verbraucher gewesen wäre – politisch kontraproduktiv gewesen wäre.“

Nun drohen also eine Zunahme an Protektionismus und neue Handelskriege, wie die ersten Ankündigungen Trumps zu höheren Zöllen für China, Mexiko und Kanada zeigen. Wie ist darauf richtig zu reagieren und wie sollte eine neue Weltordnung aussehen?

## Hegemonialstellung der USA

„Großmachtrivalitäten und Konflikte zwischen divergierenden Gesellschaftssystemen unterminieren die westlich-liberale regelbasierte Weltordnung, die zumindest seit dem Ende des Kalten Krieges mit einer globalen Hegemonialstellung der USA einhergegangen war“, bringt es Dr. Stefan Mair, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, in einem Beitrag für die Zeitschrift Internationale Politik auf



den Punkt (siehe auch Interview ab Seite 20). Die USA, wichtiger transatlantischer Partner der Europäer, waren als Weltpolizist mit der mit Abstand weltgrößten militärischen Macht ein verlässlicher Vermittler in globalen Konflikten. Gleichzeitig verteidigten sie trotz des unaufhaltsamen Aufstiegs Chinas die Position als bei Weitem führende Volkswirtschaft. Fast 27 Prozent steuern die USA zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, die Chinesen bringen es „nur“ auf 16,9 Prozent. Die EU trägt 17,5 Prozent bei, mit Großbritannien wären es 2,25 Prozent mehr. Mit dem US-Dollar stellen sie die weltweit führende Leitwährung, die fast 60 Prozent der Devisenreserven ausmacht. Innerhalb der NATO sichern sie mit dem größten Anteil am Budget die kollektive Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses. Auch bei den G7 sind sie als größte Volkswirtschaft der Welt bei wirtschaftlichen und geopolitischen Themen sowie bei globalen Sicherheitsfragen tonangebend.

#### Risiken einer bipolaren Weltordnung: „The West against the rest“

Doch seit Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 und Aufstieg zum weltgrößten Exporteur sowie zweitgrößten Importeur werden die USA immer stärker herausgefordert von einem autokratisch geführten Land mit heute ähnlichen Fähigkeiten und Ressourcen. Obwohl der Anteil Chinas am weltweiten BIP 2023 nur bei 16,9 Prozent lag, zeugt der Rückblick von einer beeindruckenden Aufholjagd, von der Werkbank Europas zu einem weltweiten Innovationstreiber. 2007 betrug der Anteil am Welt-BIP

## »Die viel größere Bedrohung als eine bilaterale Auseinandersetzung der EU mit den USA wäre, wenn Europa gezwungen würde, zwischen den USA und China zu wählen.«

**Gabriel Felbermayr,**

Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung



Die weltgrößten Exporteure waren 2023 **China**, die USA und Deutschland. Bei den Importen lagen die USA vor China und Deutschland.

erst 6,1 Prozent. Dass ein nordamerikanisch-europäischer Machtblock, erweitert um Staaten wie Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland, auch künftig unter dem Schuttschirm militärischer Dominanz der USA prosperieren und damit eine bipolare Weltordnung mit zwei starken Staaten relative Stabilität gewährleisten werde, hält Mair für unwahrscheinlich. Bereits der Abzug aus Afghanistan habe die Grenzen der militärischen Fähigkeiten aufgezeigt. Zudem habe die Bereitschaft der US-Administration abgenommen, diese militärische Macht weltweit einzusetzen.

Zeitgleich hat sich das Wachstum in China deutlich abgekühlt, während andere Staaten wie Indien, Indonesien, Brasilien und die Türkei sowie perspektivisch vielleicht auch Nigeria, Vietnam oder Mexiko heute sehr viel stärker dastehen als nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.

Bipolarität würde auch den Rückzug aus Märkten und die Restrukturierung von Wertschöpfungsketten bedeuten. In der kurzen Frist würde eine Entkoppelung von China (Decoupling) laut Professor Dr. Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, für Deutschland einen Wertschöpfungsverlust von ca. 80 Milliarden Euro bedeuten. Langfristig könnte sich die deutsche Volkswirtschaft anpassen, indem neue Handelspartner gefunden werden und indem sich die Produktionsstruktur ändert. Trotzdem bliebe die Wertschöpfung dauerhaft pro Jahr um 25 Milliarden Euro unter dem aktuellen Niveau. Für die exportorientierten deutschen Unternehmen wäre der Abbau von Arbeitsplätzen unvermeidlich.

„China ist einer der wichtigsten globalen Absatzmärkte – das gilt ebenso für Mercedes-Benz“, betont Eckart von Klaeden, Leiter des Bereichs External Affairs bei der Mercedes-Benz Group AG. In China verkaufte Mercedes-Benz im Jahr 2023 gut 737.000 Autos, vor zehn Jahren waren es erst knapp 239.000. In Deutschland und der EU sind viele Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit China als Handelspartner verbunden. Insofern könnte ein durch den Streit um Autozölle ausgelöster Handelskrieg mit China für die EU verheerende Konsequenzen haben, warnt von Klaeden.

#### Die multipolare Weltordnung

Die alte westliche Hegemonie und die bipolare Weltordnung mit dem demokratischen Hegemon USA und dem autoritären Herausforderer China bilden die Realität auf dem Globus nicht mehr ab. Politikwissenschaftler Mair ist überzeugt: „Selbst jene Staaten, die unzweifelhaft demokratisch oder auto-

kratisch sind, wollen sich in einem bipolaren Hegemonialkonflikt weder dem einen noch dem anderen Lager zuordnen lassen.“ Immer stärker positionieren sich mehrere große Machtzentren auf der Weltbühne. Auch der Bedeutungszuwachs potenzieller Führungsmächte in Asien, Lateinamerika und Afrika sprechen gegen eine erneute Zweiteilung der Welt.

So hat sich unter dem Dach der BRICS plus, das heißt des 2009 von Brasilien, Russland, Indien und China gegründeten und 2010 um Südafrika erweiterten Staatenbündnisses, dem Anfang 2024 Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) beitraten, ein neues heterogenes Kraftzentrum formiert. Saudi-Arabien erwägt den Beitritt. Als erstes NATO-Land beantragte mit der Türkei ein EU-Beitrittskandidat die Aufnahme. Laut Statistischem Bundesamt repräsentierten die neun Mitglieder 2023 fast 45 Prozent der Weltbevölkerung und standen für knapp 35 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Brasilien, Russland, China, Iran und VAE stellen zudem fünf der Top 10 der ölfördernden Länder. Und mit Russland und Iran sind zwei Mitglieder der BRICS plus Hauptakteure im Ukraine-Angriffskrieg und im Nahostkonflikt. Anders als etwa die UN oder die EU agiert der Verbund noch als Organisation ohne Organe, arbeitet aber bereits daran, sich mit einem eigenen Zahlungssystem (BRICS Pay) gegen die Macht des Dollars zu immunisieren.

„Die neue Weltordnung wird multipolar sein: Die Zeiten, in denen einige wenige Industrieländer in der G7 glauben konnten, die Welt zu beherrschen, sind vorbei“, ist James überzeugt. Anders als in einer multilateral organisierten Weltordnung, in der internationale Zusammenarbeit und institutionelle Mechanismen zur Entwicklung gemeinsamer Regeln und für Konfliktlösung im Vordergrund stehen, gibt es in der multipolaren Weltordnung mehrere große Machtzentren (Pole), die oftmals eigene Interessen verfolgen und eigene Einflusszonen haben. Was sie charakterisiert, definiert Mair so: Pole, also Staaten oder Gruppierungen von Staaten, können autonom über ihre innere Verfasstheit bestimmen sowie kulturell und wirtschaftlich auf andere Länder anziehend wirken bzw. durch ökonomische, militärische oder politische Macht Einfluss auf diese ausüben. Pole sind zudem nicht gleich groß, stehen nicht in Äquidistanz zueinander und zeichnen sich durch ausgeprägte Unterschiede in ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung aus. James ordnet ein: „Die alten Trennungen waren binär und stark ideologisch geprägt: West/Ost, Nord/



Beim Amtsantritt Narendra Modis 2014 war **Indien** zehntgrößte Volkswirtschaft der Welt, 2023 bereits die fünftgrößte.

Süd, Demokratie/Autokratie. Heute holt der Osten auf, ebenso wie der Süden. Die Grenzen zwischen dem Westen und dem Osten sind jetzt unschärfer geworden. Politische Konzepte werden fragmentiert. Der Begriff des ‚Globalen Südens‘ wurde stark ideologisch geprägt und wird derzeit im Zusammenhang mit der globalen Debatte über Gaza massiv politisiert. Doch die Spaltungen im Globalen Süden sind tiefgreifend und real. Indien und China befinden sich seit Langem in einem Wettbewerb der Systeme, der mindestens so tiefgreifend ist wie der Unterschied zwischen den USA und China.“

#### Zölle gefährden den Fortschritt

Nach dem Sieg des Republikaners und bekennenden Protektionisten Donald Trump, der Zoll als sein Lieblingswort bezeichnet, wachsen die sicherheitspolitischen, geopolitischen und ökonomischen Herausforderungen. Dem alten liberalen Washingtoner Konsens, der ab den 90er-Jahren als weltwirtschaftliches Paradigma Freihandel und Globalisierung propagierte, war auch bereits Noch-Präsident Joe Biden nicht mehr gefolgt. Mit seinem Inflation Reduction Act (IRA) etwa legte der Demokrat ein gigantisches Subventionsprogramm auf, das ausländische Investitionen in die USA lenken soll. Laut einer Ifo-Umfrage erwarten 44 Prozent der deutschen Industrieunternehmen für sich negative Folgen einer Trump-2.0-Regierung, die neue Zölle angedroht hat, die Welthandelsorganisation noch stärker ignorieren wird und mit hohen neuen Schulden die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft weiter ankurbeln will.

Größere Firmen können der Zolldrohung durch Produktion vor Ort in den USA entgehen; sie könnten dann sogar von Trumps Politik profitieren, weil die US-Wirtschaft unter seiner

## »Im Zoll-Konflikt um E-Autos aus China sollten die EU und China eine faire Verhandlungslösung erreichen, die beiden Seiten gerecht wird.«

**Eckart von Klaeden,**

Leiter External Affairs bei der Mercedes-Benz Group





Regierung stärker wachsen könnte. „Die viel größere Bedrohung als eine bilaterale handelspolitische Auseinandersetzung der EU mit den USA wäre, wenn Europa gezwungen würde, zwischen den USA und China zu wählen. Unsere Simulationen zeigen, dass der Wohlstandsverlust für Deutschland dann sehr viel höher ausfiele“, so Felbermayr.

Schon heute stellen 61 Prozent der deutschen Unternehmen eine Zunahme von Handelshemmnissen bei ihren internationalen Geschäften fest – so viele wie noch nie, ergab die diesjährige Befragung der DIHK. Die Weltbank registrierte im vergangenen Jahr nahezu 3.000 Einschränkungen des internationalen Handels, fünfmal so viele wie 2015, schreibt die Frankfurter Allgemeine. Als offenste Volkswirtschaft der G7 und für das auf Exporterfolgen basierende deutsche Geschäftsmodell sind gute Handelsbeziehungen und offene Märkte aber essenziell. „Europa muss seine Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen erhöhen und resilienter in seinen Handelsbeziehungen werden“, warnt Prof. Dr. Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrates für Wirtschaft. Unser Wohlstand sei aber auch dann nicht in Stein gemeißelt, denn unsere offenen Volkswirtschaften und der Mittelstand, der oft in der Mitte von globalen Wertschöpfungsketten stehe, seien extrem anfällig gegenüber Protektionismus.

„Zölle und eine drohende Eskalation des Handelskonflikts zwischen den USA und China werden sich bald als kostspieliger Fehler erweisen, der den Fortschritt – und auch den grünen Übergang – gefährdet und verlangsamt“, unterstreicht James. Auch das deutsche China-Geschäft würde leiden. So sagt von Klaeden von Mercedes-Benz: „Im

»Europa muss seine Verteidigungsfähigkeit stärken, seine Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen erhöhen und resilienter in seinen Handelsbeziehungen werden.«

Veronika Grimm,  
Mitglied des Sachverständigenrates  
für Wirtschaft



Mit dem Zusammenschluss in Bündnissen wollen die Länder Frieden, Sicherheit und den wirtschaftlichen Wohlstand fördern, aber auch eine aktive Rolle in der globalen Politik spielen.



Zoll-Konflikt um E-Autos aus China halte ich es für äußerst wichtig, dass die EU und China im Dialog bleiben und eine Verhandlungslösung erreichen, die beiden Seiten gerecht wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass es eine solche Lösung geben kann.“ Für Offenheit gegenüber China plädiert auch Dr. Volker Treier, Außenwirtschaftschef der DIHK. Da Deutschland in vielen Schlüsselbereichen nicht mehr alleiniger Technologieführer sei und China etwa in KI, Batterietechnologie und autonomem Fahren den globalen Wettbewerb mitbestimme, helfe es nicht, sich aus China komplett zurückzuziehen. „De-Risking heißt auch, dort dem Wettbewerb standzuhalten.“

#### De-Risking bei kritischen Technologien

Wollen sich chinesische Unternehmen an deutschen beteiligen und sieht der deutsche Staat die öffentliche Sicherheit durch Technologieabfluss gefährdet, legte er zuletzt immer wieder ein klares Veto ein oder stimmte nur unter Auflagen zu. Michael Georg Link, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP: „Wir müssen diversifizieren, unsere Handelsrouten und Lieferketten schützen – in sicherheitsrelevanten Bereichen konsequent ein transatlantisch abgestimmtes De-Risking betreiben. Das erwarten auch unsere europäischen Partner und die USA. Dabei dürfen wir uns jedoch nicht selbst schwächen, indem wir zur Unzeit einen offenen Handelskrieg mit China durch die Erhebung von Zöllen beginnen.“ Teil des De-Riskings sei es, unsere kritischen Infrastrukturen und unser Know-how durch konsequentes Screening der Investitionen, die nach Deutschland hineinfließen und aus dem Land herausgehen, zu schützen. Ein erster wichtiger Schritt sei, dass Deutschland schrittweise Huawei-Technologie aus dem 5G-Netz ausgeschlossen habe.

Man sollte jedoch genau hinschauen, an welchen Stellen wirtschaftliche oder technologische Abhängigkeiten tatsächlich mit einem hohen Risiko einhergehen würden, findet Grimm. Eine Abkopplung rufe immer Gegenreaktionen im Ausland hervor, etwa durch Subventionen oder durch neue Zölle. „Große Länder wie China würden deutlich geringere Wohlstandseinbußen hinnehmen müssen. Das gilt im Übrigen auch für die USA. Deutschland ist aufgrund seiner Offenheit deutlich stärker exponiert.“

#### Wirtschaftliche Kooperationen fördern

Will der Pol EU seine globale Bedeutung und seine Resilienz stärken, muss er seine Handelsbeziehungen ausbauen und diversifizieren. Dabei sind

## Wellen der Globalisierung

Technologische, wirtschaftliche und politische Veränderungen trieben die Globalisierung voran. Was die **FÜNF PHASEN** prägte.



### 1945 – 1980: Bretton-Woods-System und die Nachkriegsordnung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die internationale Zusammenarbeit durch Institutionen wie IWF, Weltbank und GATT (später WTO) gefördert. Die USA waren führend und förderten eine auf Handel basierende globale Ordnung, die auf festen Wechselkursen und der Dominanz des US-Dollars beruhte.



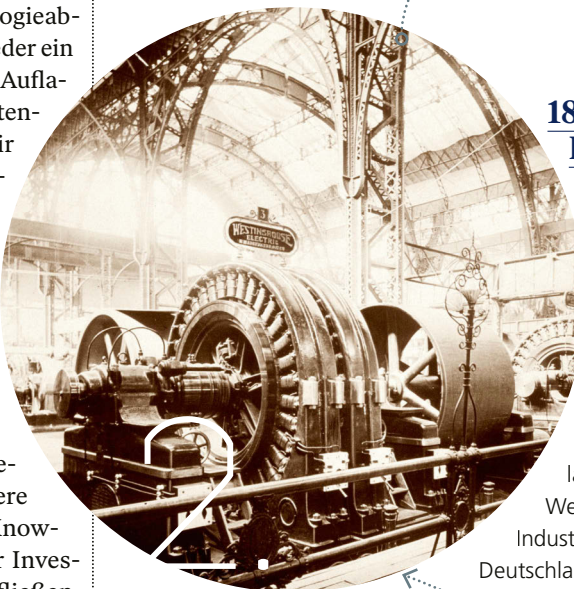
### 1980 – 2008: Neoliberalismus und der Aufstieg Asiens

Die deutsche Industrie profitierte durch Diversifizierung der Handelsketten. Es entwickelten sich neue Märkte und Arbeitsplätze vor allem in Asien, aber auch in Afrika. Hunger und Armut konnten so verringert werden.



### 2008 – heute: Krisen und neue Dynamiken

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Globalisierung verändert. Die Hegemonie des Westens gerät unter Druck. Die Welt wird multipolar. Gleichzeitig nimmt der Protektionismus zu.



### 1800 – 1914: Industrialisierung und Imperien

Dampfmaschine, Eisenbahn und Dampfschiffahrt steigerten die Warenproduktion bzw. verringerten die Transportkosten. Der globale Handel wuchs. Kapital floss zunehmend zwischen den Industrieländern, Europa dominierte die Weltwirtschaft. Gewinner waren Industrieländer wie Großbritannien, Deutschland und die USA.

### 1492 – 1800: Entdeckungen und Kolonialismus

Haupttreiber der Entdeckungstouren nach Afrika, Amerika und Asien waren Spanien, Portugal, England, Frankreich und die Niederlande. Es entwickelten sich Handelsrouten rund um die Welt, die damit die Anfänge der Globalisierung schufen.



Wachstumsstark:  
Im Jahr 2023 überholte **Brasilien** Kanada und wurde zweitgrößte Volkswirtschaft Amerikas.

Partnerschaften mit möglichst vielen potenziellen Lieferanten von Energieträgern und Rohstoffen wichtig, um für Ausfälle von Lieferungen gewappnet zu sein. Wirtschaftsweise Grimm plädiert dafür, sich auf demokratische Staaten zu fokussieren, „die nicht planen, ökonomische Interdependenzen als Waffe einzusetzen“. Mair betont: „Die Pflege intensiver partnerschaftlicher Beziehungen erfordert eine bessere Abstimmung der diplomatischen Bemühungen einzelner EU-Mitglieder um Staaten außerhalb der Union. Hier sind besonders Deutschland und Frankreich gefordert.“ Es setze jedoch auch eine Palette attraktiver Kooperationsangebote voraus: Handels- und Investitionsabkommen, Global-Gateway-Projekte, Energie- und Rohstoffpartnerschaften, aber auch Solidarität in politischen Zwangslagen und Bereitschaft zur Rüstungskoooperation.

Einen Meilenstein in einer multipolaren Welt markiert das Anfang Dezember 2024 geschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten. Damit entsteht eine der weltweit größten Freihandelszonen mit mehr als 700 Millionen Menschen. Durch das mit Vertretern Brasiliens, Argentinien, Uruguays und Paraguays geschlossene Abkommen sollen vor allem Zölle sinken und der Handel wachsen. EU-Ministerrat und Europäisches Parlament müssen noch zustimmen.

Für Treier von der DIHK sollte auch das Freihandelsabkommen etwa mit dem Indo-Pazifik abgeschlossen werden. „Diese Abkommen bieten deutschen und europäischen Unternehmen die Möglichkeit, ihre Exportmärkte

»Die WTO sollte auch in einer multipolaren Weltordnung als zentrale Plattform zur Beilegung von Handelskonflikten und zur Festlegung verbindlicher Regeln für den internationalen Handel fungieren«

**Volker Treier,**

Außenwirtschaftschef der Deutschen Industrie- und Handelskammer





zu diversifizieren und Abhängigkeiten von einzelnen Märkten wie etwa den USA oder China zu reduzieren.“ Durch Handelsabkommen lassen sich Zölle senken sowie technische Standards oder Produktzertifizierungen harmonisieren, wodurch Unternehmen ein verlässlicher Rechtsrahmen für Investitionen geboten wird. So könnte Europa seine internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern und sich als Gegengewicht zu protektionistischen Tendenzen in anderen Regionen positionieren.

Um die langjährigen komplizierten Verhandlungen abzuschließen, wünscht sich die deutsche Wirtschaft laut DIHK Handelsabkommen, die sich auf Handelsthemen konzentrieren und nicht immer mehr handelsferne Bestimmungen, vor allem im Nachhaltigkeitsbereich, beinhalten. Zudem würde der deutsche Mittelstand von einem KMU-Kapitel in Handelsabkommen profitieren, das einen vereinfachten Zugang zu Zollverfahren oder maßgeschneiderte Informations- und Beratungsangebote beinhaltet. Den freien Handel hemmt aber auch die Regulierungswut der EU. „Nachhaltigkeitsberichtspflichten wie die CSRD oder ESG-Kriterien im European Green Deal wirken in Drittstaaten ebenfalls als nicht-tarifäre Handelshemmnisse der EU“, betont Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrats der CDU.

#### Wachstumschancen dank neuer Shootingstars

Mit dem Erstarken bestehender Pole, dem Aufstieg von Staaten zu einem Pol und Machtverschiebungen zwischen den Polen ergeben sich in der multipolaren Welt auch neue Chancen. Manchmal in unmittelbarer Nachbarschaft. Der Löwenanteil des Ausfuhrgeschäfts Deutschlands



Fast zwei Drittel der deutschen Unternehmen wollen ihre Investitionen in **Afrika** in den kommenden fünf Jahren erhöhen.

»Wir sollten nicht manche Staaten des Globalen Südens durch ein Übermaß von als bevormundend empfundenen Auflagen ungewollt den vörführerisch klingenden Angeboten Chinas in die Arme treiben.«

**Michael Georg Link,**  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender der FDP



entfällt mit 58 Prozent auf Europa. Für Astrid Hamker kommt einem ökonomisch und politisch integrierten Europäischen Binnenmarkt deshalb eine wesentliche Bedeutung zu. „Unsere europäischen Partner sind unsere große Stärke. Deutsche Unternehmen sollten sich deshalb nach lokalen Alternativen umsehen.“ Nach Polen etwa, seit 2004 EU-Mitglied, wurde laut DIHK zwischen Januar und August 2024 mehr exportiert als nach China. Alternativen hat auch die Bundesregierung im Blick. So drängt Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz auf schnellere Fortschritte bei der Heranführung der sechs Westbalkan-Staaten Serbien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und dem Kosovo an die EU.

Auch in der Ferne locken neue Chancen. Wird Indien das neue China? Anders als das krisengeschüttelte China glänzt die weltgrößte Demokratie mit den höchsten Wachstumsraten unter den großen Volkswirtschaften, überholte bereits die einstige Kolonialmacht Großbritannien und will schon bald vom fünften auf den dritten Rang bei den weltgrößten Volkswirtschaften vorrücken. Bei ausländischen Investoren empfiehlt sich Indien mit Stärken wie stabiler Demokratie, relativ niedrigen Lohnkosten, einer stark wachsenden Mittelschicht, großer IT-Expertise und zahlreichen Investitionsanreizen als Alternative zu China.

Für Ökonom Felbermayr ist Indien zwar kein Ersatz für China. Aber zur Diversifizierung und Risikominderung sei das Land eine gute Option. Die Politik könnte mit dem Abschluss des Freihandelsabkommens unterstützen. Zudem will Premier Narendra Modi industrialisieren. „Dazu braucht er Hilfe aus dem Ausland, etwa Maschinen, zum Beispiel aus Deutschland.“ Noch übertrifft das deutsche Handelsvolumen mit China das mit Indien um mehr als das Achtfache. „Indien hat das Potenzial, zu einem entscheidenden Handelspartner Deutschlands aufzusteigen und damit zur Diversifizierung von Wertschöpfungsketten beizutragen“, unterstreicht Hamker. Dies sei jedoch ein langfristiges Ziel.

#### Internationale Institutionen und regionale Integration stärken

Soll die multipolare Welt den Wohlstand steigern und Frieden sichern, braucht auch sie funktionierende internationale Institutionen, um Konflikte zu vermeiden und eine regelbasierte Ordnung aufrechtzuerhalten. Für den US-Historiker Harold James verleihen internationale Institutionen auch in einer multipolaren Welt die notwendige Stabilität. „Sowohl die Vereinten Na-

tionen als auch die Bretton-Woods-Institutionen wie Weltbank und IWF sind aber dringend reformbedürftig.“ Auch die Welthandelsorganisation (WTO) muss laut DIHK zügig reformiert werden, um aktuellen Herausforderungen wie nachhaltiger Entwicklung gerecht zu werden. Eine stärkere Einbindung von Schwellenländern und insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Entscheidungsprozesse könnte zudem die Legitimität und Effektivität der WTO erhöhen.

Ein multipolares System profitiert von stabilen Regionen. Regionale Zusammenarbeit, etwa in der EU, ASEAN oder der Afrikanischen Union, kann regionale Konflikte lösen und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Eine wichtige Rolle für Allianzen spielt nach Ansicht Links eine Gruppe von Ländern, die der Economist als „Transactional-25 (T-25)“ bezeichnet. Mit einer „unabhängigen“ Außenpolitik setzen Staaten wie Indien, Indonesien, Saudi-Arabien, Kenia, Ägypten, Nigeria, Äthiopien, Südafrika, Brasilien und Mexiko zunehmend selbstbewusst und erfolgreich ihre Interessen durch und halten sich im Systemwettbewerb Allianzen mit beiden Seiten offen. „Im Umgang mit den T-25 brauchen wir ein Umdenken von uns Deutschen, der EU und der G7, die T-25 und die BRICS plus nicht belehren zu wollen. Wir sollten ihnen pragmatisch begegnen und mit besseren Angeboten als China punkten. Sonst verlieren wir sie an die Versuche Russlands und Chinas, aus den BRICS plus schrittweise einen neuen Block gegen den Westen zu formen, der die Rolle des Normensetzers im 21. Jahrhundert übernimmt.“

Pragmatismus bewies die EU, als sie im Herbst erstmals Saudi-Arabien, Oman, Katar, Bahrain, Kuwait sowie die VAE zum Gipfeltreffen einlud. Saudi-Arabien und Katar gehören zu den größten Förderern von Öl und Gas, beide Rohstoffe braucht Europa dringend, seitdem der ehemalige Hauptlieferant Russland wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine mit Sanktionen belegt wurde. Dass mit dem Ölkonzern Adnoc erstmals ein Staatskonzern aus dem Mittleren Osten einen Dax-Konzern, den Chemieriesen Covestro, übernehmen will, zeigt, dass sich neue Pole bilden.

#### Machtverteilung ausbalancieren

Obwohl die EU durch ihre wirtschaftliche Stärke und Wertegemeinschaft als globaler Pol Einfluss hat, bleibt sie in sicherheitspolitischen Fragen stark von den USA als Schutzmacht für Europa abhängig. Für FDP-Politiker Link, der bis zum Bruch der Koalition auch als Koordinator für transatlantische Zusammenarbeit agierte, steht fest: „Außenpolitisch ist für uns entscheidend, dass wir mit unseren Verbündeten und Partnern so eng wie




Jeder vierte Arbeitsplatz in **Deutschland** hängt vom Export ab. Wichtigste Ausfuhr Güter sind Autos, Maschinen, chemische und elektronische Erzeugnisse.

möglich zusammenarbeiten und uns insbesondere innerhalb der EU und der NATO nicht intern von interessierter Seite spalten lassen. Um den Multilateralismus erfolgreich verteidigen und ihm Geltung verschaffen zu können, brauchen wir starke außen- und verteidigungspolitische Fähigkeiten.“

Verteidigungspolitisch arbeite man intensiv an der Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO. Als 32. Mitglied wurde Schweden im März 2024 aufgenommen. Auch das jüngst von Deutschland und Großbritannien geschlossene Verteidigungs- und Rüstungsbündnis „Trinity House Agreement“ soll mit gemeinsamen Projekten den europäischen Pfeiler in der NATO stärken. Fast zeitgleich wurde in Rostock mit dem „Commander Task Force Baltic“ ein taktisches Hauptquartier der Bundeswehr für die Überwachung des Ostseeraumes eingeweiht. Und erstmals besetzte die EU ein Ressort für Verteidigung.

Voraussetzung für Frieden ist auch eine Lösung für den Angriffskrieg auf die Ukraine. FDP-Politiker Link: „Wenn Putin gewinnt, gewinnt auch China – und wird daraus Lehren für eigene regionale Konflikte ziehen.“ Der Verlauf des Angriffskrieges gegen die Ukraine sei deshalb von globaler Bedeutung und betreffe uns genauso wie die USA. Experten weisen darauf hin, dass im Falle einer Eskalation in der Taiwanstraße China in der Gruppe der BRICS plus eine Art Versicherung gegen internationale Isolation sehen könnte. Den Sanktionen gegenüber Russland hatten sich BRICS-Staaten wie Indien und China nicht angeschlossen.

Soll der Wohlstand der Nationen gemehrt und der Frieden auf der Welt gesichert werden, muss es eine neue multipolare Weltordnung geben. Deutschland und die EU tun gut daran, darauf mit ganzer Kraft politisch und ökonomisch hinzuwirken. 

»Wir sollten den EU-Binnenmarkt nicht unterschätzen und uns wieder vermehrt auf dessen Stärken stützen. Deutsche Unternehmen sollten sich deshalb nach lokalen Alternativen umsehen.«

**Astrid Hamker,** Präsidentin des  
Wirtschaftsrats der CDU





# »Trump wird die Multipolarität stärken«

**DR. STEFAN MAIR**, geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Politik, mahnt: Die USA werden sich militärisch zurückhalten

**»Wir haben eine ganze Reihe von Feldern, wo wir nicht gut beraten wären, wenn wir uns alleine auf die USA verlassen würden.«**

**Stefan Mair**, über die künftige transatlantische Partnerschaft

**Amerika hat gewählt und die New York Times hat das folgendermaßen kommentiert: Amerika steht am Abgrund eines autoritären Stils der Regierungsführung, wie wir sie niemals in den 248 Jahren der Geschichte erlebt haben. Herr Mair, was sagen Sie dazu? Ist das nicht eine geradezu apokalyptische Beschreibung der Gefahr für die Demokratie?**

**Stefan Mair:** Ich glaube, man sollte sich vor apokalyptischen Beschreibungen hüten – allerdings die Sorge, dass wir eine Veränderung des Regierungsstils sehen, dass wir sehr viel stärker eine Hinwendung auch zu autoritären Maßnahmen sehen, die teile ich. Donald Trump hat ja nicht nur die Präsidentenwahl gewonnen, sondern auch im Senat eine Mehrheit, im Repräsentantenhaus eine Mehrheit, der Supreme Court ist mehrheitlich mit ihm Vertrauten besetzt. Also er hat im Grunde genommen eine Machtfülle, wo es sehr schwer sein wird, die üblichen Checks and Balances, die sonst eine große Rolle spielen, dann tatsächlich in Anwendung zu bringen.

**Ich will noch mal beharren: Müssen wir uns Sorgen um die amerikanische Demokratie machen?**

**Mair:** Ja, wir müssen uns Sorgen um die amerikanische Demokratie machen. Nach wie vor habe ich großes Zutrauen sowohl in die politischen als auch die gesellschaftlichen Kräfte und auch in die wirtschaftlichen Kräfte in den USA, dass sie einem Abgleiten der USA in einen stärkeren Autoritarismus entgegenwirken können, aber wir müssen uns Sorgen machen.

**Kommen wir zu der naheliegenden Frage: Was bedeutet das für uns? Ich zitiere hier die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel: Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen können, die sind ein Stück weit vorbei – hat sie schon 2017 gesagt mit Blick auf Trump und seine erste Amtszeit. Ist das so?**

**Mair:** Ja, es ist so. Wir haben eine ganze Reihe von Feldern, wo wir nicht gut beraten wären, wenn wir uns alleine auf die USA verlassen würden. Die Themen liegen auf dem Tisch. Natürlich besorgt

## Vita

**Stefan Mair** ist seit Oktober 2020 Direktor des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit und geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Zu seinen Schwerpunkten gehören die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschlands und der EU, geopolitische und geökonomische Dynamiken sowie Handels- und Außenwirtschaftspolitik. Zuvor war Mair seit 2010 Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI.

uns als Allererstes der weitere Fortgang des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Die Unterstützung der USA sowohl militärisch als auch finanziell ist mit Sicherheit ein zentraler Punkt. Aber wir wissen auch, dass die Pläne, die Donald Trump für den Handel und die Außenwirtschaft hat, uns sehr stark treffen könnten. China wird ein großes Thema sein. Er hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er meint, China würde aufgrund von unfairen Wettbewerbspraktiken vor allem seinen wirtschaftlichen Aufstieg einlösen, und er deswegen erhöhte Zölle verhängen will. Dazu der Mittlere Osten ... Ich denke, wir haben eine ganze Fülle von Themen, in denen sich zum einen die USA stärker zurücknehmen werden, zum anderen aber unter Umständen Positionen einnehmen werden, die im Widerstreit zu unseren Positionen stehen.

**Noch ein Zitat, dieses vom gegenwärtigen Bundeskanzler, von Olaf Scholz, der gesagt hat: Sicher werde vieles anders mit einer Trump-Regierung, und er fuhr fort, man solle die Arbeitsbeziehungen aufbauen und Standpunkte angleichen. Und Deutschland wolle weiter ein verlässlicher transatlantischer Partner bleiben. Ist das ein angemessenes Rezept?**

**Mair:** Dass wir uns als verlässlichen transatlantischen Partner anbieten sollten, das würde ich unterstreichen. Ich glaube, dass es in einigen Fällen schwer werden wird, die Positionen anzugleichen. Um jetzt noch mal auf das aus meiner Sicht größte Thema zurückzugehen, Russland und Ukraine: Trump hat mehrmals angekündigt, dass er diesen Krieg schnell beenden würde. Wir wissen, dass auf Basis der gegenwärtigen militärischen Kräfteverteilung eine solche Lösung des Krieges wahrscheinlich sehr zuungunsten der Ukraine ausgeht und das auch eine sehr starke Belastung der europäischen Sicherheitsordnung wäre. Da fällt es mir tatsächlich schwer, wie wir eine Position entwickeln können, die sich der Trump-Administration angleicht. Insofern, denke ich, müssen wir auch in einigen Fällen klar unsere eigene Position beziehen und auch versuchen, diese Position gegenüber den USA zu vertreten, aber eben auch



die Mittel bereitzustellen, um diese Position aufrechterhalten zu können.

**Das wäre erst einmal die nationale deutsche Sicht. Aber können wir das wirklich national hinkriegen? Muss man das nicht in einem größeren Zusammenhang sehen, europäisch?**

**Mair:** Man muss es europäisch sehen, wobei Europa, je nach Problemlage, Unterschiedliches bedeutet. Also wenn wir über Wirtschaft, über unsere Positionen auch gegenüber China reden, dann ist es der EU-Rahmen, der am wichtigsten ist. Wenn es um die transatlantischen Beziehungen geht und um die Frage, welche europäische Sicherheitsarchitektur wir haben werden, dann ist es für mich eher der europäische Pfeiler in der Nato, der der Referenzrahmen dafür ist. Aber dass wir natürlich viele dieser Probleme nicht alleine definieren können, sondern im europäischen Rahmen bewältigen müssen, das ist auch klar.

**Schauen wir noch einmal auf das andere große Thema, das Sie ja am Anfang gleich mit angesprochen haben, das ist China. Das ist ja eigentlich im Hauptfokus der amerikanischen Außenpolitik, unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt. Was erwarten Sie da von Trump?**

**Mair:** Also ich erwarte auf jeden Fall eine Zuspitzung des wirtschaftlichen Konfliktes, die Ankündigung, wirklich hohe Zölle zu erheben, auch Einfuhrbeschränkungen unter Umständen vorzunehmen, und dann eben die Erhöhung des Drucks auf China, aber auch auf uns, Maßnahmen gegen China mitzutragen, weil natürlich die Wirksamkeit dadurch auch sehr verstärkt wird. Wenn es ein positives Element gibt, das anders wäre als unter einer Biden-Harris-Administration: Ich würde sagen, dass die Gefahr eines militärischen Konfliktes zwischen USA und China unter Trump eher geringer ist als zuvor. Es gibt Anzeichen auch aus dem Umfeld von Trump, dass letztendlich eine Trump-Administration nicht bereit wäre, militärisch einzugreifen, wenn China versuchen würde, eine Wiedervereinigung mit Taiwan

auf militärischem Wege zu erreichen. Aber natürlich spricht niemand offen darüber, das ist das Prinzip der strategischen Ambivalenz.

**Beim Stichwort China ist es so, dass die deutsche Seite auch eher skeptisch ist, sich in einen Handelskrieg zu begeben. Ist das richtig so?**

**Mair:** Ja, das ist richtig so. Wir haben natürlich auch in Bezug auf China eine ganz andere Interessenlage als die USA. Für uns ist China ein zentraler Handelspartner. Wir haben eine ganz andere Exponiertheit im Handel als die USA. Unsere Importe und Exporte machen über 80 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes aus, in den USA sind es ungefähr 20 Prozent. Das heißt, die Exponiertheit nach außen ist eine ganz andere. In dieser Exponiertheit nach außen spielt China eine ganz zentrale Rolle, nicht nur aufgrund der Handelszahlen, sondern aufgrund der hohen Investitionen, die wir in China haben.

**Aber es geht ja nicht nur um China, sondern auch um das bilaterale Handelsverhältnis zwischen Deutschland und den USA. Auch hier stehen die Drohungen im Raum, Zölle zu erhöhen. Und zwar scharf.**

**Mair:** Ja. Auch das würde ich nicht ausschließen, dass das passiert – wie hoch, muss man sehen. Aber wir hatten ja bereits unter der ersten Trump-Administration die Zölle auf Stahl und Aluminium, und es kann durchaus sein, dass sich dieser Bereich ausweitet und dann auch weitere Produkte erfasst, seien es Fahrzeuge oder anderes. Also ich denke, da sollten wir uns auf einiges vorbereiten.

**Aber wie?**

**Mair:** Wir haben uns durchaus in der EU in den letzten Jahren einen beeindruckenden Instrumentenkasten geschaffen, die sogenannten Anti-Coercion Instruments, wo wir Gegenmaßnahmen ergreifen können gegen wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, also eine ganze Reihe von Maßnahmen, wo wir nicht als zahloser Tiger in dieser Auseinandersetzung stehen und dann natürlich auch wie in der Vergangen-

heit schon bei Zöllen auf Stahl und Aluminium durchaus auch Gegenmaßnahmen ergreifen können.

**Sie haben ein Grundsatzpapier zu der westlichen, liberalen, regelbasierten Weltordnung geschrieben. Sie argumentieren bzw. verweisen auf die nationale Sicherheitsstrategie, die versucht, eine Antwort zu geben, und zitieren den Bundeskanzler, der sagt: Die Welt des 21. Jahrhunderts ist multipolar. Nun wissen wir von Herrn Trump, dass er kein Freund, um nicht zu sagen ein Gegner ist von allen multipolaren internationalen Organisationen. Wollen Sie dann daran festhalten?**

**Mair:** Unbedingt, vor allem weil ich den Unterschied machen würde zwischen multipolar und multilateral. Trump ist mit Sicherheit ein Gegner oder hält nichts von multilateralen Organisationen wie der WTO, wie wahrscheinlich auch den Vereinten Nationen, vor allem den Unterorganisationen der Vereinten Nationen, aber Multipolarität ist etwas anderes als Multilateralität. In einer multipolaren Welt haben relativ große Staaten erhebliche strategische Autonomie, aber nicht notwendigerweise Organisationen. Wir sehen ja, dass sich Multipolarität zum Teil eben auch in der G20 niederschlägt und in anderen Formaten. Insofern ist die Abneigung Trumps gegen Multilateralität keine Absage an die Multipolarität. Im Gegenteil. Ich glaube, dass Trump natürlich am liebsten eine unipolare Welt hätte, in der nach wie vor die USA die Hegemonialstellung haben. Ich glaube, er wird selbst erkennen, dass es kein Zurück in diese unipolare Welt gibt, weil es mittlerweile sehr viel stärkere Mitspieler gibt, aber er ist jemand, der sich mit Multipolarität und auch mit den Unterschieden zwischen Systemen gut arrangieren kann.

**Wie sehen Sie BRICS in einer multipolaren Welt?**

**Mair:** Ich sehe BRICS eigentlich vor allem als potenzielles Defensivbündnis. Was diese Länder eint, ist das Interesse, sich gegen amerikanische Sanktionen wehren zu können – deswegen ja auch die Debatte, eine Alterna-

**»Trump wird selbst erkennen, dass es kein Zurück in eine unipolare Welt mit einem US-Hegemon gibt, weil es mittlerweile sehr viel stärkere Mitspieler gibt.«**

**Stefan Mair,** über den Einfluss der Multipolarität auf die Weltordnung mit ihren multilateralen Organisationen



## »Eine Administration Trump wird die Wahrscheinlichkeit der Bipolarität abschwächen.«

**Stefan Mair**, über die systemische Bedeutung von Macht für Trump

tivwährung zum Dollar etablieren zu können. Ich glaube, das ist das zentrale Interesse der BRICS. Darüber hinaus sehe ich nicht, dass dieser heterogene Club sich irgendwie auf eine konstruktive Agenda verständigen kann. Also nehmen Sie allein die Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Wir haben hier zwei ständige Mitglieder, die kein Interesse haben, ihre Position abzuschwächen, indem es weitere ständige Mitglieder gibt oder gar eine Relativierung des Vetos. Gleichzeitig haben wir mit Brasilien und Indien zwei BRICS-Länder, die ganz vehement auf eine Erweiterung des Sicherheitsrats drängen und dort eben als ständige Mitglieder auch gesehen werden wollen. Und so können Sie durch viele Bereiche gehen, wo ich sage: Da gibt es so erhebliche Interessenunterschiede zwischen den BRICS-Ländern, sodass ich nicht nachvollziehen kann, dass daraus eine konstruktive offensive Agenda entsteht. Ich sehe es als Defensivbündnis.

**Machen die Amerikaner mit ihrer Sanktionspolitik umgekehrt einen Fehler, indem sie die anderen im Grunde zur Gruppe machen oder die dazu veranlassen, zur Gruppe zu werden?**

**Mair:** Ich glaube, dass sie tendenziell ihre eigene Machtposition unterminieren. Jenseits der militärischen Macht ist es vor allem der Dollar, der den USA

Trafen sich zum Gespräch über die neue Weltordnung: **Stefan Mair**, geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Politik, und der ehemalige ARD-Korrespondent **Werner Sonne**.

mit dieser Leitwährung Macht verleiht. Und in der Anwendung des Dollars für Sanktionen setzt man natürlich Anreize, dass andere versuchen, sich aus diesem Dollarraum zu verabschieden, und das mindert dann natürlich Macht. Und ich glaube, das ist das Problem, das für die Amerikaner durch einen starken Rückgriff auf Sanktionen entstehen wird.

**Wie sollte denn Deutschland mit den BRICS-Staaten umgehen?**

**Mair:** Wir sollten sie auf keinen Fall diplomatisch aufwerten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Deutschland beispielsweise so etwas wie einen Beobachterstatus bei den BRICS einnehmen würde oder die BRICS als solche einladen würde. Aber wir sollten intensiv mit den Ländern, und das tun wir ja auch, Austausch suchen, auch Partnerschaftsbeziehungen pflegen, die in den BRICS sind, aber gleichzeitig aus unserer Sicht nach wie vor Demokratien sind. Das gilt besonders für Brasilien, Indien und Südafrika.

**Steuern wir mit der Administration Trump eher in eine neue Bipolarität**

**oder gehen wir in eine Welt der Multipolarität?**

**Mair:** Ich glaube eher, dass eine Administration Trump die Wahrscheinlichkeit der Bipolarität abschwächt, weil Trump den systemischen Gegensatz zwischen Demokratien und Autokratien weniger forciert und auch die Rivalität mit China nicht vorrangig strategisch sieht, sondern wirtschaftlich. Wir haben ja zwei Komponenten der Bipolarität: zum einen, wie ich bereits sagte, Autokratien – Demokratien, zum anderen aber die Schwierigkeiten des Hegemons USA, mit dieser aufstrebenden Macht China zurechtzukommen, und insofern eine strategische. Die systemische ist für Trump weniger wichtig, und die strategische sieht er auch nicht so im Vorrang. Man weiß aus dem Umfeld Trumps, dass er eher für militärische Zurückhaltung steht und die USA weniger in der Rolle als Weltpolizisten sieht. Eine Trump-Administration steht eher für eine Verstärkung multipolarer Tendenzen als bipolarer Tendenzen.

*Das Gespräch führte Werner Sonne*

**Werner Sonne** berichtete mehr als 40 Jahre für die ARD als Radio- und Fernsehkorrespondent aus Bonn, Washington und Warschau. Er ist Autor von vielen Sachbüchern und Geschichtsromanen.

FOTOS: AMIN AKHTAR, PICTURE ALLIANCE/PAZ/HENDRIK SCHMIDT, GESAMTMETALL



Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik: Testen Sie Ihr Wissen im MINT-Quiz

## Warum klingen Kirchenglocken bei frostigem Wetter lauter?

An frostigen Wintertagen sind Kirchenglocken besonders klar und deutlich zu hören. Der Klang breitet sich scheinbar mühelos aus und erreicht über verschneite Dächer und Landschaften hinweg größere Entfernungen. Die Glockenschläge werden lauter und präsenter wahrgenommen. Doch warum ist das so?

**A Kalte Luft verlangsamt die Schallwellen, daher klingen sie kräftiger.**

**B Die dichte kalte Luft transportiert die Schallwellen schneller.**

**C Warme Luft legt sich über kalte Schichten, was Schallwellen spiegelt.**

**Die richtige Antwort:**

Richtig sind B und C. Kirchenglocken klingen bei kaltem Wetter lauter, weil kalte Luft dichter ist als warme Luft. Dichtere Luft leitet Schallwellen besser, wodurch weniger Energie verloren geht und der Schall weiter und klarer hörbar ist. Zusätzlich kann es bei kaltem Wetter häufiger zu sogenannten Temperaturinversionen kommen. Das bedeutet, dass warme Luft über kalter liegt und die Schallwellen zurück zur Erde reflektiert werden, anstatt nach oben zu entweichen. Dadurch bleibt der Klang länger in Bodennähe und breitet sich weiter aus. Besonders nachts, wenn es oft solche Bedingungen gibt, kann man die Glocken deshalb über große Entfernungen deutlich hören. Das Foto zeigt die alte Friedensglocke auf dem Fichtelberg, dem höchsten Berg Sachsens. Um als Denkmal der Einheit Deutschlands für den Frieden zu erklären, wurde sie seit dem 3. Oktober 2010 regelmäßig an allen Sonn- und Feiertagen geläutet. Die Glocke bestand aus hochwertiger Bronze, die speziell gegossen und gestimmt wurde, um eine optimale Klangqualität zu gewährleisten. Nach einer irreparablen Beschädigung durch Vandalismus wurde die alte Glocke am 3. Oktober 2024 durch eine neue Glocke ersetzt.

### Science on Stage

## Wie MINT-Lehrkräfte up to date bleiben

KI, Quantencomputing und Nachhaltigkeit: Mit der rasanten technologischen Entwicklung bei diesen Zukunftsthemen können klassische Lehrmittel wie Schulbücher kaum noch mithalten. Beim größten europäischen Bildungsfestival im finnischen Turku erlebten rekordverdächtige 800 MINT-Lehrkräfte aus 50 Ländern an Ständen und in interaktiven Workshops, wie sie innovativ ihren Unterricht gestalten können. Das vom MINT-Lehrkräftenetzwerk Science on Stage vom 12. bis 15. August 2024 organisierte Event stand unter der Schirmherrschaft der EU-Kommissarin für Bildung, Iliana Ivanova. Ein Ziel des von Gesamtmetall geförderten Vereins Science on Stage ist es, dass sich Lehrkräfte mit erfolgreichen Unterrichtsmethoden in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik gegenseitig inspirieren können, um ihre Schüler für MINT zu begeistern. Dafür bietet das MINT-Lehrkräftenetzwerk selbst entwickelte Unterrichtsmaterialien sowie Lehrkräfte-Fortbildungen an.





# Warum laufen die Pflegekosten immer weiter aus dem Ruder?

Sie sollte das letzte Puzzleteil der deutschen Sozialversicherung sein. Doch fast 30 Jahre nach ihrer Einführung ist die soziale Pflegeversicherung (SPV) selbst ein Pflegefall.

## 1. Das Problem:

Als die soziale Pflegeversicherung am 1. Januar 1995 unter Norbert Blüm, dem damaligen Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, eingeführt wurde, galt sie als Meilenstein des deutschen Sozialstaats. Sie schloss die letzte große Lücke in der sozialen Versorgung und wurde zur fünften Säule der Sozialversicherung – neben Kranken-, Arbeitslosen-, Renten- und gesetzlicher Unfallversicherung. Da jeder auf Pflege angewiesen sein kann, wurde bei der Einführung der Pflegever-

sicherung eine Versicherungspflicht festgelegt. Die SPV soll sozialen Notlagen aufgrund von Krankheit vorbeugen und pflegebedürftigen Menschen dabei helfen, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. „Wer sein Leben lang gearbeitet und eine durchschnittliche Rente erworben habe, solle nicht zum Sozialamt gehen müssen“, hieß es im Gesetzesentwurf von 1993.

Heute, fast 30 Jahre später, ist die Pflegeversicherung selbst ein Pflegefall. Die Leistungsausgaben haben sich seit 2003 auf zuletzt 59,2 Milli-

arden Euro fast vervierfacht. Und damit nicht genug: Für Januar 2025 kündigte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) weitere Erhöhungen an. Die Maßnahme sei „unmittelbar und dringend notwendig“. Sollte der Bundestag die Beitragserhöhung blockieren, „würde einigen Pflegekassen nach einer kurzen Übergangsphase die Zahlungsunfähigkeit drohen“. Und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV), der auch die Pflegekassen vertritt, erklärte, die Erhöhung auf 4,2 Prozent verschaffe der Pflege-

versicherung nur eine Atempause, die bestenfalls bis Ende nächsten Jahres reiche. Die nach dem Teilkasko-Prinzip arbeitende SPV übernimmt nur einen fixen Teil der Kosten. Vor allem die Unterbringung in Pflegeeinrichtungen ist teuer. Wie eine Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen vom 1. Juli 2024 zeigt, müssen Menschen, die in einem Heim versorgt werden, monatlich im Durchschnitt 2.871 Euro bezahlen, zum Beispiel aus der Rente oder dem Erspartem.

## 2. Die Gründe:

Der Bericht der Bundesregierung „Zukunftssichere Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung“ vom Juli 2024 bringt es auf den Punkt: „Der demografische Wandel stellt für das Umlageverfahren eine besondere Herausforderung dar. Zum einen geht damit ein erwartbarer Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials einher, das zu einem weit überwiegenden Teil die Einnahme-

situation der sozialen Pflegeversicherung bestimmt.“ Zum anderen würden neben der Tatsache, dass die Zahl der Pflegebedürftigen über das demografiebedingt erwartbare Maß steigt, auch die Babyboomer in den kommenden Dekaden potenziell zu Leistungsempfängern, was den Druck auf die Ausgabenseite nochmals erhöhen werde. Das Statistische Bundesamt ging 2023 davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland allein durch die zunehmende Alterung bis 2055 um 37 Prozent auf 6,8 Millionen Menschen steigen wird. Finanzierbarkeit und Leistungsfähigkeit seien deshalb gefährdet.

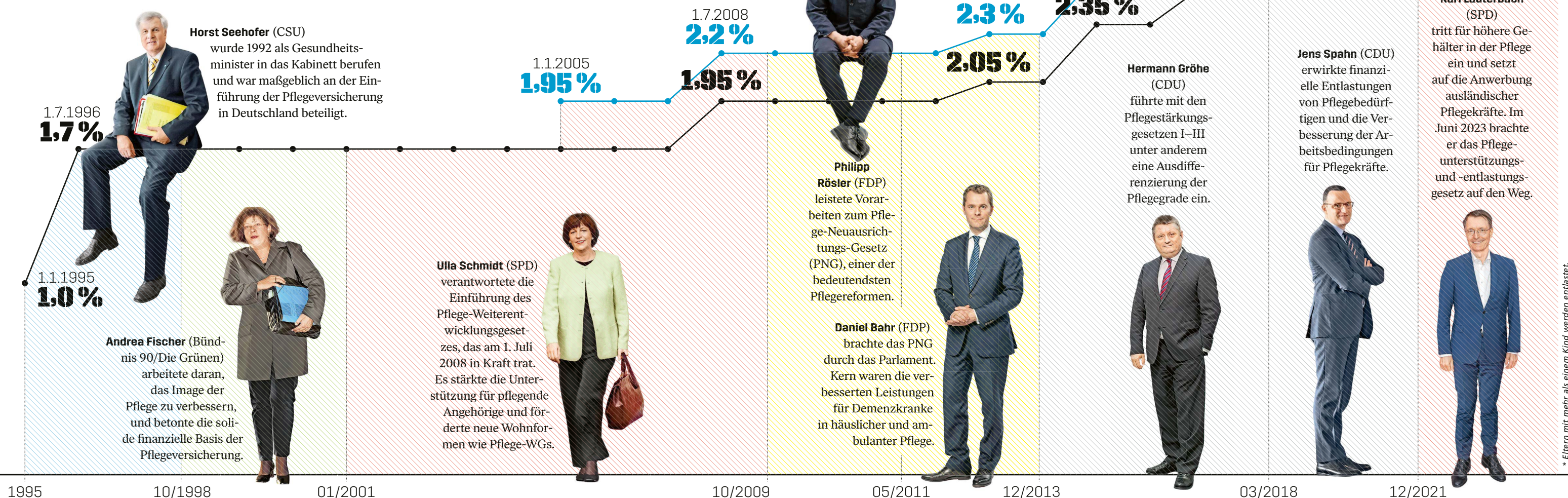
Kostentreiber sind neben der demografischen Entwicklung laut Andreas

Westerfellhaus, dem ehemaligen Bevollmächtigten der Bundesregierung für Pflege, die aktuellen Lebenshaltungskosten sowie höhere Löhne der Pflegekräfte, die seit September 2022 nach Tarif bezahlt werden: „Gestiegene Kosten für Lebensmittel und Energie tragen zu einer Erhöhung der

## Pflege wird immer teurer

Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung in Deutschland wurde seit ihrer Einführung im Jahr 1995 vervierfacht. Hier ist eine Übersicht über die Beitragssatzänderungen in Prozent.

■ Allgemeiner Beitragssatz ■ Erhöhter Beitragssatz für Kinderlose

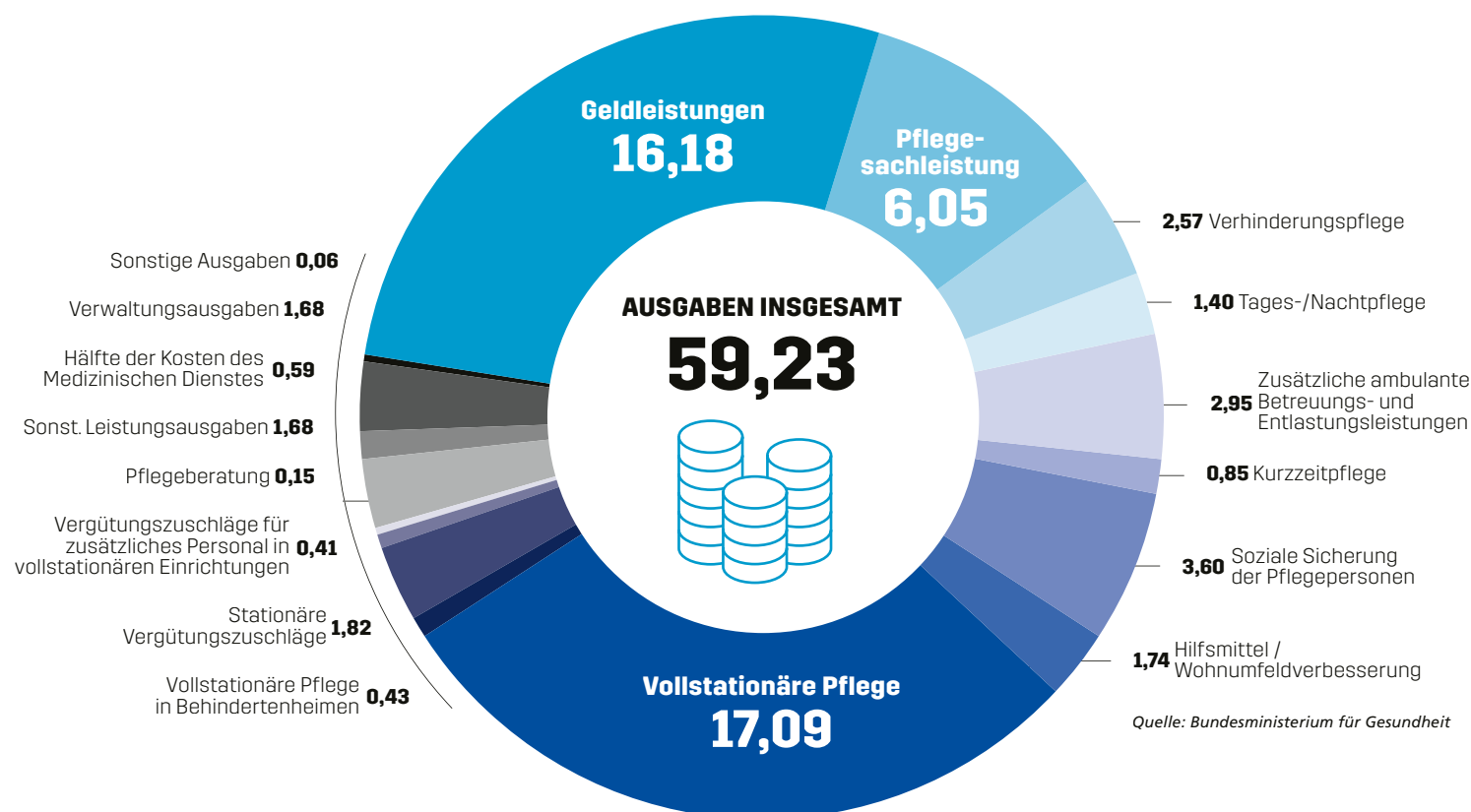


\* Eltern mit mehr als einem Kind werden entlastet.



## Zahlen und Fakten

Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung 2023 in Mrd. Euro



allgemeinen Kosten bei. Insbesondere die erheblichen Tariflohnsteigerungen der Beschäftigten waren unausweichlich. Sie führen allerdings zu einer weiteren Belastung der Pflegebedürftigen.“ Westerfellhaus zufolge treibt zudem der steigende bürokratische Aufwand, der durch Dokumentation und Überwachung entsteht, die Kosten in die Höhe. Pflege wird teurer – auch durch gestiegene Ansprüche. Denn höhere Qualitätsstandards, bessere Arbeitsbedingungen und technische Innovationen erhöhen zwangsweise die Ausgaben. Auch leidet der Pflegeberuf weiterhin unter geringer gesellschaftlicher Wertschätzung und hohen Belastungen, was den Fachkräftemangel verstärkt.

Geht es nach Martin Werding, Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum, ist fehlende Sorgfalt seitens der Politik einer der Hauptgründe der Kostenexplosion: „Nach der Gründung wurde die Pflegeversicherung in finanzieller Hinsicht zunächst mehr als zehn Jahre lang mit angezogener Handbremse gefahren. Ab 2012 hat man diese Vorsicht aber zusehends fallen gelassen. Seither haben sich die Fallzahlen und auch die

**»Die Alterung erreicht das Pflegesystem so richtig erst in 15 bis 20 Jahren.«**

**Martin Werding**, Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum

**»Ich vermissee Überlegungen, wohin man mit der Versorgung will. Sonst droht uns eine massive Kostenexplosion.«**

**Andreas Westerfellhaus**, ehemaliger Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege



Schon heute gibt es in Deutschland über fünf Millionen Pflegebedürftige. Tendenz steigend.

**Zahl der Leistungsbeziehenden der sozialen Pflegeversicherung am Jahresende 1995 bis 2023 insgesamt (stationär + ambulant)**

Quelle: Geschäftsstatistik der Pflegekassen

1.061.418

1995

5.236.586

2023

Leistungsansprüche massiv erhöht. Durch die Leistungsausweitungen und die Kostensteigerungen stiegen die Beitragssätze an, so etwa 2013: Erhöhung auf 2,05 Prozent im Kabinett Merkel II (Schwarz-Gelb), 2015: Erhöhung auf 2,35 Prozent im Kabinett Merkel III (Große Koalition), 2017: Erhöhung auf 2,55 Prozent (2,80 Prozent für Kinderlose) im Kabinett Merkel III (Große Koalition), oder 2019: Erhöhung auf 3,05 Prozent (3,30 Prozent für Kinderlose) im Kabinett Merkel IV (Große Koalition). Die Politik hat laut Werding zwar bei vielen der Leistungsausweitungen der vergangenen Jahre wünschenswerte Verbesserungen gebracht, so etwa einen „Begriff der Pflegebedürftigkeit, der Demenz voll einschließt, realistischere Prüfungen des Pflegegrades, mehr Unterstützungsleistungen bei häuslicher Pflege“.

Doch erweckt es den Anschein, als sei hier nur von Legislaturperiode zu Legislaturperiode gedacht worden. Werding betont: „Bei all diesen Reformen wurde nie darüber geredet, was sie kosten werden und wie das bei fortschreitender demografischer Alterung finanziert werden soll.“

### 3. Die Lösung:

Die Pflegeversicherung in Deutschland steht am Scheideweg. Die steigenden Kosten und die demografische Entwicklung verlangen nach grundlegenden Reformen, doch bisher verharrt die Politik in alten Ansätzen. „Eine echte Reform ist längst überfällig“, mahnt Andreas Westerfellhaus. „Es ist eine Fehlentscheidung, einfach die Beiträge zu erhöhen, ohne Veränderungsprozesse einzuleiten. Ich vermissee Überlegungen, wohin man mit der Versorgung will. Uns droht eine massive Kostenexplosion.“

Ein Vorschlag ist der Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung. Sozialverbände und einige politische Akteure fordern, dass Pflegebedürftige keine ungedeckelten Eigenanteile mehr leisten müssen. Eine solche Vollversicherung würde die finanzielle Belastung der Betroffenen drastisch reduzieren. Kritiker warnen jedoch vor den Kostensteigerungen. Um die Leistungen vollständig zu finanzieren, müssten die Beitragssätze deutlich

erhöht werden – ein Umstand, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen treffen würde. Um den Druck auf das System zu mindern, wird auch die Förderung der privaten Pflegevorsorge ins Gespräch gebracht. Pflegezusatzversicherungen könnten helfen, individuelle Eigenanteile abzusichern und damit die Belastungen für Pflegebedürftige zu verringern. Doch ob diese Vorsorge freiwillig bleiben oder verpflichtend eingeführt werden sollte, ist umstritten. Ein Mittelweg könnte eine staatliche Förderung in Form von Steueranreizen sein, die den Abschluss solcher Versicherungen attraktiver machte.

Ein weiterer Ansatz ist die Einführung eines sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors. Ähnlich wie bei der Rentenversicherung könnte er dafür sorgen, dass Veränderungen im zahlenmäßigen Verhältnis von Pflegebedürftigen zu Beitragszahlern berücksichtigt werden. „Ein solcher Mechanismus würde die Anpassungen der Pflegeleistungen dämpfen, wenn die Anzahl der Pflegebedürftigen stärker steigt als die der Beitragszahler, und damit das Leistungsniveau, aber nicht die Leistungen der SPV senken“, heißt es in einem Bericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu der Zukunft der Sozialversicherungen. Laut BDA-Kommission, der Martin Werding in den Jahren 2019 und 2020 vorstand, führe das zu regelgebundenen Anpassungen der Pflegeleistungen, die die entstehende finanzielle Anspannung des Systems berücksichtigen und Druck von den Beitragssätzen der Pflegeversicherung nehmen. Neben der Finanzierung ist auch die Organisation der Pflegeversorgung dringend reformbedürftig. Entscheidend sind hier vor allem der Abbau von Bürokratie, die Vereinheitlichung der länderspezifischen Regelungen und der verstärkte Einsatz von digitalen Technologien.

Die größte Herausforderung liegt aber in der demografischen Entwicklung. „Die Alterung erreicht das Pflegesystem so richtig erst in 15 bis 20 Jahren“, warnt Werding. Diese Zeit muss genutzt werden, um das System nicht nur finanziell zu stabilisieren, sondern es auch gerechter und zukunftsfähig zu gestalten.



» Eine schnelle Reform der Erneuerbare-Energien-Richtlinie wäre entscheidend. Und wir brauchen auch eine Anpassung der CO2-Flottenziele.«

Ralf Diemer, Geschäftsführer der eFuel Alliance

## Vita

**Ralf Diemer**, Geschäftsführer der eFuel Alliance, setzt sich für die Förderung synthetischer Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien ein. Zuvor arbeitete er gut 15 Jahre beim Verband der Automobilindustrie in Berlin und Brüssel.

# »Eine schnelle Reform ist entscheidend«

E-Fuels können fossile Kraftstoffe ersetzen und CO<sub>2</sub>-Emissionen senken. Im Interview erklärt **RALF DIEMER**, Geschäftsführer der eFuel Alliance, welche politischen Entscheidungen dafür nötig sind.

**Herr Diemer, immer wieder sind E-Fuels und deren Rolle in der Energiewende Gegenstand von Diskussionen. Welchen Beitrag können sie zum Klimaschutz liefern?**

**Ralf Diemer:** E-Fuels können fossile Kraftstoffe ersetzen. Das ist weltweit und für viele Anwendungsfälle mit Verbrennungsprozess unverzichtbar. Sie eliminieren CO<sub>2</sub>-Emissionen - und das ist das Ziel.

**Trotzdem sind E-Fuels Kohlenwasserstoffe und haben einen Anteil an CO<sub>2</sub>.**

**Diemer:** Erneuerbare Kohlenwasserstoffe. Das enthaltene CO<sub>2</sub> wird vorerst aus nicht vermeidbaren Abgasen industrieller Anlagen wie Zement- und Stahlwerken gewonnen. Das CO<sub>2</sub> kann abgeschieden und zur Synthese von E-Fuels verwendet werden. Langfristig wird das CO<sub>2</sub> für E-Fuels direkt aus der Atmosphäre entnommen, mit der sogenannten „Direct Air Capture“-Technologie. Das gewährleistet einen vollständig klimaneutralen Kreislauf.

**Wo stehen wir bei der Umsetzung von E-Fuels?**

**Diemer:** Wir stehen am Anfang. Die Unternehmen stehen jedoch auf der Schwelle zur Industrialisierung. Große private Investitionen und Interesse aus verschiedenen Branchen nehmen zu und durch Skaleneffekte könnten die Produktionskosten langfristig sinken. Doch die regulatorischen Rahmenbedingungen sorgen weiterhin für Unsicherheiten. Die industrielle Produktion muss staatlich gefördert werden, sei es durch Anschubfinanzierungen oder steuerliche Anreize, wie es die USA mit dem Inflation Reduction Act tun.

**Welche Produktionsstandorte sind sinnvoll?**

**Diemer:** Regionen mit günstigem Zugang zu erneuerbarem Strom wie Südamerika oder die MENA-Region, also die Staaten Nordafrikas sowie des Nahen Ostens. Das Fraunhofer-Institut hat analysiert, wo man am besten erneuerbare Energie produziert. Da ist Deutschland nicht dabei. In Patagonien etwa erzeugt ein Windrad drei-

mal so viel Energie wie eines in der norddeutschen Tiefebene. In Deutschland wird es schwierig, die notwendigen Mengen erneuerbaren Stroms zu produzieren, um E-Fuels wettbewerbsfähig herzustellen. Importe bleiben also zentral.

**Die Regulatorik spielt hier eine große Rolle. Was muss Ihrer Meinung nach auf EU-Ebene geschehen?**

**Diemer:** Eine schnelle Reform der Erneuerbare-Energien-Richtlinie ist entscheidend. So auch eine Anpassung der CO<sub>2</sub>-Flottenziele: Bislang wird ausschließlich auf die Elektrifizierung gesetzt, was angesichts der bestehenden Infrastruktur und weltweiten Fahrzeugflotte problematisch ist. Erst eine Kombination aus Elektrifizierung und E-Fuels macht die Klimaziele realistisch erreichbar.

**Welche Erwartungen haben Sie an die Bundesregierung?**

**Diemer:** Deutschland muss ein klares Signal an die EU senden. Wir brauchen ambitioniertere Quoten und Anreize für E-Fuels.

**Welche Zukunft sehen Sie für E-Fuels?**

**Diemer:** Unsere Produzenten können bis 2030 fünf Prozent des europäischen Kraftstoffmarktes mit E-Fuels abdecken. Das würde jährlich 60 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Schrittweise ließe sich der Anteil bis 2050 weiter erhöhen. Doch E-Fuels allein reichen nicht aus. Eine Elektrifizierung der Fahrzeugflotte ist ebenso notwendig. Wir dürfen aber den Bestand nicht vergessen. Auch langfristig wird es Millionen Verbrenner geben, für die wir alternative Kraftstoffe brauchen.

**Sind Sie optimistisch, dass E-Fuels eine Zukunft haben?**

**Diemer:** Klares Ja! Die Technik ist da und wir sehen internationale Impulse. Für Europa geht es darum, die Skalierung anzugehen, Marktmechanismen zu schaffen und unsere Technologieführerschaft auf die gesamte Wertschöpfungskette auszuweiten.

*Das Interview führte Oliver Zander.*

## E-Fuels erklärt

E-Fuels sind CO<sub>2</sub>-neutrale Kraftstoffe mit den gleichen Eigenschaften wie Benzin, Diesel oder Kerosin. Sie werden mithilfe von Strom aus erneuerbaren Energien, Wasser und CO<sub>2</sub> aus der Luft hergestellt und setzen damit im Gegensatz zu herkömmlichen Kraft- und Brennstoffen kein zusätzliches CO<sub>2</sub> frei. Sie sind in der Gesamtbilanz CO<sub>2</sub>-neutral.





# M+E-Industrie baut verstärkt Personal ab

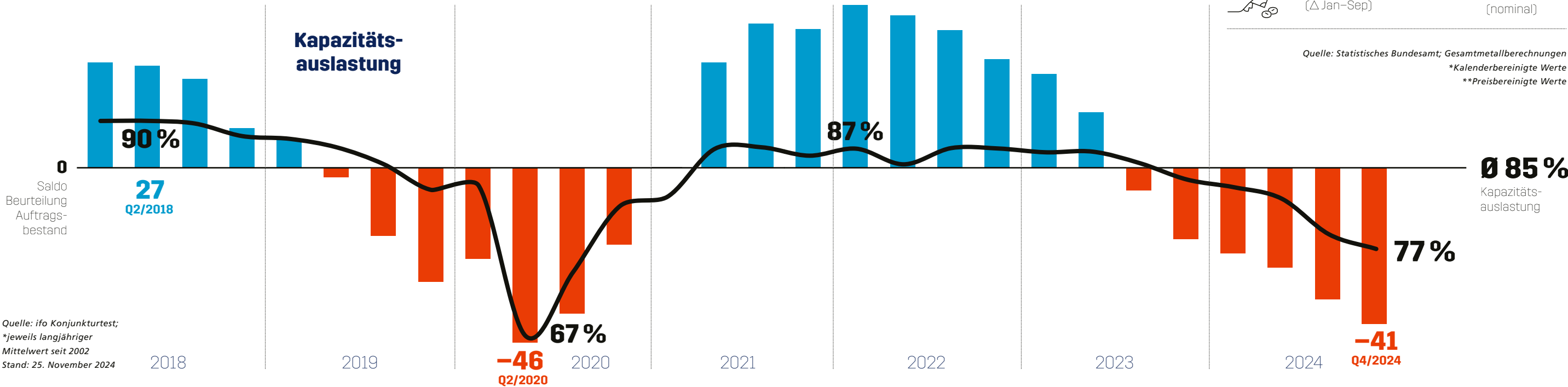
Rezession und kein Ende: Im 3. Quartal 2024 schrumpfte die M+E-Produktion das sechste Quartal in Folge. Das gab es mit Ausnahme der Corona-Krise bislang nur Anfang der 90er-Jahre. Und die Aussichten für das 4. Quartal bleiben schlecht.

Die deutlich verschlechterten Standortbedingungen hemmen die Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten und lassen die Investitionen im Inland wegbrechen. Die M+E-Industrie ist massiv von dieser Standortkrise betroffen: Die Produktion gab im 3. Quartal gegenüber dem 2. Quartal um 1,4 Prozent nach – das war der sechste Quartalsrückgang in Folge. Der Output lag in den ersten neun Monaten rund 7 Prozent unter dem Vorjahr. Die Produktionslücke zum Vorkrisenniveau von 2018 vergrößerte sich auf 17 Prozentpunkte. Eine Trendwende ist auch für das 4. Quartal 2024 nicht absehbar. Vielmehr planen die M+E-Unternehmen aufgrund der gesunkenen Auslastung den Output (noch weiter) herunterzufahren: Der November war der 18. Monat in Folge mit im Saldo negativen Produktionsplänen, was es zuletzt in den 1990er-Jahren gab. Zwar gab es im 3. Quartal aufgrund von

Großaufträgen erstmals wieder ein Plus bei den Neuaufträgen. Bei der Mehrzahl der M+E-Unternehmen sinken aber Auftragsbestände und Auslastung weiter. Mehr als die Hälfte der Betriebe berichtet inzwischen über Auftragsmangel. Absatz und Umsatz sanken daher im 3. Quartal erneut. Der Personalabbau beschleunigt sich. Im September lag die Anzahl der Beschäftigten um 40.000 unter dem Vorjahresniveau (–1 Prozent). Jedes dritte M+E-Unternehmen muss Personal abbauen. Die konjunkturelle Abwärts Spirale dreht sich damit weiter nach unten, weshalb auch die Wirtschaftsprognosen anhaltend enttäuschen. Es zeigt sich immer deutlicher: Aus der Standortkrise heraus helfen nur Strukturreformen, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wiederherstellen. Deutschland braucht politische Weichenstellungen für eine zügige Wirtschaftswende.

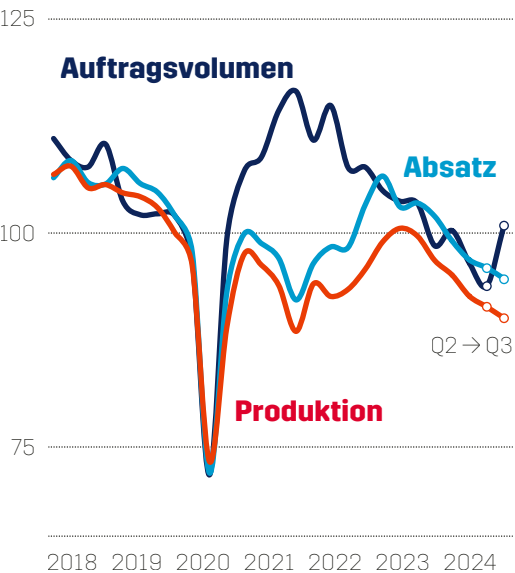
## Auslastung bricht infolge schwacher Auftragslage auf tiefsten Stand seit Covid-Krise ein

Auslastung im Verhältnis zur betriebsüblichen Kapazität; Auftragsbestand als Saldo aus positiver und negativer Beurteilung (Quartalsmittel)



## Herbst 2024: M+E-Industrie bleibt trotz Großaufträgen in der Rezession

Auftragseingang, Umsatz & Produktion in der M+E-Industrie; preis-, kalender- & saisonbereinigte Quartalswerte, Indizes (Ø 2015 = 100)\*



## Produktion sinkt, Lohnstückkosten steigen sprunghaft

Veränderung der Konjunkturindikatoren in der deutschen Metall- und Elektro-Industrie; vorläufige Werte für Januar bis September 2024 zum Vorjahreszeitraum, Beschäftigte: letzter verfügbarer Monatswert.

	<b>Auftragseingang*</b> [Δ Jan–Sep]	<b>–5,3 %</b> [real]
	<b>Produktion*</b> [Δ Jan–Sep]	<b>–7,1 %</b> [real]
	<b>Umsatz*</b> [Δ Jan–Sep]	<b>–6,2 %</b> [real]
	<b>Auslandsumsatz*</b> [Δ Jan–Sep]	<b>–4,9 %</b> [real]
	<b>Beschäftigung</b> [Δ Sep]	<b>–1 %</b>
	<b>Geleistete Arbeitsstunden</b> [Δ Jan–Sep]	<b>–1,1 %</b>
	<b>Entgeltsumme</b> [Δ Jan–Sep]	<b>+3,6 %</b> [nominal]
	<b>Lohnstückkosten</b> [Δ Jan–Sep]	<b>+11 %</b> [nominal]

Quelle: Statistisches Bundesamt; Gesamtmetallberechnungen  
\*Kalenderbereinigte Werte  
\*\*Preisbereinigte Werte





8

Was wurde aus der ...

## Beschäftigung von Rentnern

Die Arbeitgeber ermahnen die Politik seit Jahren, die Beschäftigung von Ruheständlern zu vereinfachen. Nun kommt endlich Bewegung in das Thema. Die Unternehmen der M+E-Industrie haben **seit dem Jahr 2016** die Zahl der Mitarbeitenden, die länger als bis zum regulären Rentenalter arbeiten wollen, **um 76 Prozent gesteigert**. Das zeigt: Unternehmen nutzen bereits jetzt regelmäßig die Wieder- oder Anschlussbeschäftigung ihrer älteren Fachkräfte. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer haben dabei oftmals den Wunsch, das Arbeitsverhältnis befristet fortzusetzen. Das **Teilzeit- und Befristungsgesetz** sieht aller-

dings vor, dass ein befristetes Arbeitsverhältnis ohne Sachgrund unzulässig ist, wenn der Beschäftigte zuvor bereits beim Arbeitgeber beschäftigt war. Dieses „Vorbeschäftigungsverbot“ erschwert die Beschäftigung von Rentnern erheblich. Doch das sollte sich im Rahmen der **Wachstumsinitiative der Bundesregierung** ändern. Beabsichtigt war auch eine Überarbeitung der Regelungen zur Rentnerbeschäftigung, die den Abschluss eines sachgrundlos befristeten Arbeitsvertrages mit dem bisherigen Arbeitgeber weitgehend ermöglichen sollte. Das Ampel-Aus hat diese Pläne in den Papierkorb befördert.

### Impressum

**Perspektiven** ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

**Herausgeber und Redaktionsanschrift:**  
Gesamtmetall  
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.  
Voßstraße 16, 10117 Berlin  
Tel.: 030 55 150-0  
E-Mail: [perspektiven@gesamtmetall.de](mailto:perspektiven@gesamtmetall.de)  
[www.gesamtmetall.de](http://www.gesamtmetall.de)

**Verlag:**  
Axel Springer Corporate Solutions GmbH & Co. KG  
Axel-Springer-Straße 65  
10888 Berlin

**Redaktion:**  
V.i.S.d.P. Martin Leutz (Gesamtmetall),  
Iris Grundmann (Redaktionsleitung Gesamtmetall),  
Eli Hamacher, Tim Winter (Redaktion Axel Springer Corporate Solutions)  
Aisha Wilson (Projektmanagement Axel Springer Corporate Solutions)

**Druck und Vertrieb:**  
X-PRESS Grafik & Druck GmbH  
Nunsdorfer Ring 13  
12277 Berlin

**ISSN-Nummer:**  
2703-0717

**Fotoredaktion:**  
Birgit Kohne

**Art-Direktion und Layout:**  
Stefan Semrau  
twotype design, Hamburg

**Lektorat:**  
Reiner Klähn

**Litho:** Image-Pool, Berlin

**Herstellung:** Silvio Schneider  
„Perspektiven“ erscheint viermal jährlich in einer Auflage von rund 3.500 Druck-Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“ nicht mehr erhalten möchten, bitte eine kurze E-Mail an: [perspektiven@gesamtmetall.de](mailto:perspektiven@gesamtmetall.de)

Druckprodukt mit finanziellem Klimabeitrag  
**Klimabeitrag**  
ClimatePartner.com/1579-2411-1031



FOTO S. 34: GETTYIMAGES/MONTY RAKUSEN; KARIKATUR S. 35: GRESEK&LENZ; RÜCKSEITE 36: ILLUSTRATION: PETER M. HOFFMANN



Habeck macht Schule



**»Der Konflikt von 1914 bis 1918 brachte nur eine Beschleunigung und wesentliche Verschärfung einer Krise, die er nicht verursacht hatte. [...] In Wirklichkeit hatten die Schwierigkeiten, die nach dem Krieg den Frieden und die Stabilität behinderten, dieselbe Ursache wie der Weltkrieg selbst. Der Zerfall des weltwirtschaftlichen Systems, der seit 1900 vor sich gegangen war, war schuld an den politischen Spannungen, die sich 1914 explosiv entluden.«**



---

**Karl Polanyi (1886–1964)**

In seinem berühmten Buch „**The Great Transformation**“ (1944) beschreibt Polanyi u. a. den tiefgreifenden Wandel der westlichen Gesellschaftsordnung im 19. und 20. Jahrhundert und auch die Krisenursachen, die zu den beiden Weltkriegen führten.